Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post monatlich M. 4500,—, unter Streifband monatlich M. 6500,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I n. aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstr. 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Hansabank e. G. m. b. H., München, Herzog-Wilhelmstraße 12.

Streifbandbezugsgebühr für Mai im Ausland: Österreich Kr. 25000,-, Ungarn Kr. 1500,-, Tschechoslowakei 12 Kč., England u. bisher. deutsche Kolonien 4 sh., Jugoslawien 40 Dinar, Italien 10 Lire, Holland 1½ fl., Verein. Staaten 1 Dollar, Schweiz u. die übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 3 Schwz. Franken.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. — Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg. Postscheckkonto 41863 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, auf dem Erlagschein erforderl.)

102. Ausg., 37. Jahrg. — München (Mittwoch), den 30. Mai 1923 — Preis 200 Mark

F.J.M. Rohse

Der Verrat an der Ruhr

Was sich auch an wichtigen Dingen in den letzten Tagen in der Welt abgespielt haben möge, das wichtigste Ereignis für das deutsche Volk rollt sich eben an der Ruhr ab. Es geschieht leider das, was wir vom ersten Tage des Einbruchs an, als der schmollende Widerstand als das einzige angepriesen wurde und die Einheitsfront mit den Marxisten verkündet wurde, vorhergesagt haben: Der Beginn des Zusammenbruchs der deutschen Abwehr. Wir Nationalsozialisten sind in weiten Kreisen als Leute verleumdet, die verständnislos nach allen Seiten hin herumschreien, ohne sich über politische Auswirkungen im Klaren zu sein. Die Spießbürger, die dieser Anschauung huldigen, haben sich gewaltig getäuscht. Niemand hat kälter als wir die Lage der Dinge betrachtet und daraus die nötigen Folgerungen gezogen. Uns hat weder demokratische Feigheit noch marxistische Verlogenheit daran gehindert, festzustellen, daß die ersten Voraussetzungen zu einem erfolgreichen Widerstand nicht geschaffen waren, sondern im Gegenteil, daß die Elemente, welche diesen nationalen Widerstand grundsätzlich bekämpften, freien Spielraum in Deutschland hatten. Jetzt ist der Aufstand der Verräter in vollstem Gange, vor den Augen des Feindes und mit seiner Unterstützung brandschatzen diejenigen Elemente, welche Herr Severing kürzlich als „politische Kinder" bezeichnete, eine Stadt nach der andern; auf offener Straße werden Deutsche von sogenannten Volksgenossen ermordet und erschossen. Bewaffnet sind diese Aufrührer mit modernen Handgranaten und ihnen gegenüber stehen hilflos und verlassen alle Behörden. Sie schreien ihre Hilflosigkeit in alle Welt hinaus, sie verkünden, daß der früher vorhandene Selbstschutz keinerlei Macht in den Händen habe, und sie lassen sich herbei, mit den plündernden Banden in Unterhandlungen zu treten.

Und die marxistischen Führer der vereinigten Sozialdemokratie, welche schützend ihre Hand über den Kommunismus ausgehalten haben, denen fährt plötzlich ein kleiner Schreck in die Glieder, aber anstelle nun mit allen Mitteln gutzumachen, was sie bisher verbrochen, und den nationalen Selbstschutz zu stützen, haben diese Verräter nichts Besseres zu tun, als einen Hilferuf ausgerechnet an die Franzosen zu richten. Und so stehen wir vor einem Schauspiel beschämendster und niederträchtigster Art: Die Franzosen unterdrücken alle völkischen Verbände und nationalen Vereinigungen, der preußische Minister verbietet nun nicht etwa die anderen, deutschfeindlichen Organisationen, sondern im Gegenteil genau dieselben, welche durch den französischen General unterdrückt werden. Und wie unter den Augen des französischen Generalkommandos die bolschewistischen Hundertschaften ungehindert entstehen, so entstehen dieselben Hundertschaften ebenso ungehindert in Sachsen, Preußen, neuerdings auch in Bayern. Und während die Aufstände im Ruhrgebiet von Franzosen inszeniert und bezahlt werden, rufen ausgerechnet die überfallenen dieselben Franzosen um Hilfe. Das Ziel der Franzosen und derjenigen, welche die französische Armee bezahlten, ist klar. Dem Widerstand Deutschlands an der Ruhr mit Hilfe der Bolschewisten zu brechen, nationale Selbstschutzorganisationen durch Deutsche selbst zu vernichten, die Bürger durch bolschewistische Raube und Morde einzuschüchtern und dann zuletzt noch als Retter und Befreier aufzutreten. Das Beste aber an der ganzen Sache ist, daß die Aufrührer an der Ruhr noch heute ihre Vertreter im Deutschen Reichstage sitzen haben, daß die Presse der bolschewistischen Verräter heute noch Tag für Tag ungehindert hetzen kann, daß selbst in Bayern die „Rote Bayernfahne" den Aufruhr an der Ruhr als einen Denkzettel für das Bürgertum begrüßt.

Was tun sogenannte nationale Regierungen? Die gehen nicht etwa her und verbieten restlos alle kommunistischen, das heißt hochverräterischen Zeitungen, sondern sie beschlagnahmen und verbieten den „Völkischen Beobachter", der die Todesstrafe für Wucherer und Schieber fordert und sich erbittert über parlamentarische Unfähigkeit äußerte, die diesen Volksschutz nicht durchzuführen in der Lage ist. Für das Wort Diätenschlucker wird eine nationale Zeitung verboten, für die Bezeichnung Denkzettel für das Bürgertum für den verräterischen Aufruhr an der Ruhr gibt es keine Augen in der Münchener Polizeidirektion.

Und weiter: Zur gleichen Zeit, da der Verrat am deutschen Volk sich im Westen austobt, sitzen in Hamburg die alten Arbeiterbetrüger beisammen und benebeln das deutsche Volk nochmals mit den Phrasen von der Internationale. Der Kampf, der dort angesagt wird, richtet sich, wie mehrfach betont wurde, „gegen die Weltreaktion", und andererseits stellt sich die 4. Internationale als eine der „größten Aufgaben" den Schutz Sowjetrußlands vor jedem auswärtigen Angriff. Das heißt praktisch, die 4. Internationale weigert sich, den Kommunismus niederzuschlagen, und besorgt, sachlich betrachtet, wiederum die Geschäfte der Entente, das heißt, der die Entente beherrschenden jüdischen Hochfinanz. Nachdem die 4. Internationale sich weigert, mit dem Bolschewismus abzurechnen, unterstützt sie den Hochverrat an der Ruhr, und wiederum ist festzustellen, daß die Führer dieser Internationale deutscherseits im Reichstage Sitz und Stimme haben.

Von welcher Seite aus wir die innen- und außenpolitischen Ereignisse der letzten Tage auch betrachten mögen, unsere Grundauffassung vom schmollenden Widerstand, von der sogenannten nationalen Einheitsfront haben sich leider durchwegs bewahrheitet, und auch in der Beurteilung des deutschen Reichskanzlers kann heute nur eine einzige Stimme herrschen. Ein Mann, mit vielleicht gutem Willen, aber mit keinem starken Willen, ein Mann, der nicht fähig war, die Voraussetzungen zu schaffen, um die Abwehr gegen Frankreich sicherzustellen. Nach 5 Monaten französischer Herrschaft an der Ruhr hat die deutsche Reichsregierung noch keine einzige Propagandaschrift über die Schandtat Frankreichs durch die ganze Welt geschickt, noch keine einzige Denkschrift über die Verlogenheit des Angestellten der Pariser Börse, Poincaré, veröffentlicht. Sie hat ferner in ihren Noten selbst immer noch von „Reparation", d. h. Wiedergutmachung, und „Verpflichtungen" gesprochen, das heißt, sie hat Prägungen unserer Feinde unbeanstandet zu den ihrigen gemacht. Die deutsche Reichsregierung hat nicht eingegriffen, als kommunistische Hundertschaften in Sachsen exerzierten, und hat nicht eingegriffen, als Hunderte von verräterischen Flugblättern der bolschewistischen Partei in ganz Deutschland verteilt wurden. Jetzt schlagen die Flammen an der Ruhr hoch, und die ersten flackernden Vorboten zeigen sich auch schon an anderen Orten Deutschlands. Nicht nur bewußter Verrat ist ein Verbrechen am Volk, auch Unfähigkeit in Schicksalsstunden ladet auf die leitenden Männer eine so ungeheure Verantwortung, daß man angesichts der Geschehnisse und angesichts der verzweifelten Lage des deutschen Volkes wohl berechtigt ist, die schwersten Anklagen gegen die Schwächlichkeit der Reichsregierung zu erheben. Sie hat nicht einsehen wollen, daß mit Verrätern im Rücken ein Volk nicht Widerstand leisten kann, und wenn sie es erkannt haben sollte, so hat ihr die Stärke gemangelt, diese Einsicht zu vertreten; und während sie doch Kraft genug besaß, die nationalen Verbände zu zertreiben, war sie zu schwach, die deutschfeindlichen niederzutreten. Es ist ein herbes Urteil, das einmal die Geschichte über Dr. Cuno fällen wird, und es werden Männer von ganz anderer Struktur nötig sein, um das halbwegs wieder gutzumachen, was in diesen schweren Monaten versäumt wurde.

Das deutsche Volk geht seinem schwersten Gang noch entgegen, und die kommenden Schicksalsmonate werden zeigen müssen, ob es wieder einmal für zu leicht befunden werden wird.

Schilda in München

Zum Verbot des „Völk. Beobachters"

In Nr. 100 veröffentlichten wir einen Aufsatz „Teuerung und parlamentarische Unfähigkeit". In diesem Aufsatz wurde wieder einmal darauf hingewiesen, daß kein Parlament ernstlich auch nur einen Finger rühre, um das Volk von seinen großen Blutsaugern zu befreien. Nun hat unser Aufruf nicht etwa zur Folge gehabt, daß sich die meist von ihrer „Arbeitsstätte" abwesenden Parlamentarier ihrer Pflicht erinnerten, sondern es trat etwas ein, was in einem demokratischen Staatswesen als Vorbereitung für sächsische und Ruhrzustände einzutreten hat: der „Völkische Beobachter" wurde verboten und seine böse Nr. 100 beschlagnahmt.

Am 24. Mai abends ging uns folgendes

Verbot

zu:

Auf Grund § 4, Ziff. 5, § 6 und 7 der Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern vom 11. Mai 1923 und Abs. IV der Vollzugsbekanntmachung hierzu (s. Staatsanz. Nr. 108) ergeht folgender

Beschluß:

1. Das Erscheinen des „Völkischen Beobachters" wird von der Zustellung dieses Beschlusses ab bis einschließlich 29. Mai 1923 verboten.

2. Die Nr. 100 desselben wird beschlagnahmt.

3. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlag Franz Eher, G. m. b. H., zur Last.

Gründe:

Die Nr. 100 des „Völk. Beobachters" vom 24. Mai 1923 bringt unter der Überschrift „Teuerung und parlamentarische Unfähigkeit" einen Artikel, der eine Reihe von unwahren Behauptungen enthält, die geeignet sind, Staatseinrichtungen und obrigkeitliche Anordnungen verächtlich zu machen. So wird von den „unterschiedlichen Regierungen" behauptet, daß „in ihrer Wirtschaftspolitik ein bestimmtes System liege, das bewußt auf eine vollständige Verarmung hinarbeite". Der Landtag, die heute verfassungsmäßig wichtigste Staatseinrichtung, wird in einer die Grenzen der zulässigen Kritik weit übersteigenden und ihn in seiner Gesamtheit wie jedes einzelne Mitglied beleidigenden Weise beschimpft und herabgewürdigt in längeren Ausführungen, die in dem Satze gipfeln: „Sie (die Parlamentarier) kosten uns jährlich weit über eine Milliarde Papiermark und stellen in ihrer Gesamtheit die denkbar überflüssigste Einrichtung dar. Nur eine Sorge beschwert sie Tag und Nacht, daß ja der gegenwärtige Zustand der Volks‚beglückung' und politischen Schiebung hübsch erhalten bleibe, damit unser hoher Landtag nicht im Bezuge seiner Diäten gestört werde!" Von der jüngst erlassenen bayerischen Notverordnung wird endlich vollkommen der Wahrheit zuwider behauptet, daß sie „doch nur im höheren Auftrag von Berlin aus erflossen ist".

Die gemachten Behauptungen sind bei der ganzen Einstellung des „Völkischen Beobachters" zweifellos mit der bewußten Absicht aufgestellt, die Tätigkeit der Regierungen und der Parlamente herabzusetzen und verächtlich zu machen. Damit ist der Tatbestand des § 4, Ziffer 5, der Verordnung vom 11. Mai 1923 erfüllt, und es war daher gemäß § 6 dieser Verordnung der „Völkische Beobachter" zu verbieten. Gleichzeitig war gemäß § 9 der Verordnung vom 11. Mai 1923, § 94, 98 St.P.O., auch Artikel 102 Ausf.-Ges. zur Str.P.O. zur Hintanhaltung der strafbaren Handlung, soweit noch möglich, die Beschlagnahme der Nummer 100 des „Völkischen Beobachters" vom 24. Mai 1923 zu erkennen, da die in dieser Nummer gemachten Behauptungen ein Vergehen darstellen.

Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung ab Beschwerde zum Strafsenat des Obersten Landesgerichtes erhoben werden, welche hieramts einzureichen wäre.

Polizeidirektion.
Mantel.

Zu bemerken ist, daß die Beschlagnahme der Nr. 100 schon am Vormittag vor sich ging, das Verbot uns aber erst um 6¼ Uhr abends übermittelt wurde, d. h. als die neue Ausgabe schon fertiggesetzt, die Platten gegossen waren. Wir haben dies als eine beabsichtigte neue Schikane empfunden.

Betreffs „Begründung" des Verbots selbst haben wir durch unsern Rechtsvertreter, R.-A. Roder, Beschwerde einlegen lassen, deren wichtigsten Punkte wir unsern Lesern und der staunenden Mitwelt nicht vorenthalten wollen, da sie des neuen Polizeipräsidenten Mantels Mantel im schönsten marxistischen Winde flattern sehen lassen.

Zunächst wird dargetan, daß die bayerischen Behörden nicht das Recht haben, Reichsgesetze abzuändern; sofern dies geschieht — und dies ist bei der Beschlagnahme der Fall — sind sie rechtsungültig. Die Fälle, wo eine Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung vorgesehen wird, treffen hier nicht ein, da weder eine Aufforderung zum Hochverrat noch eine Anreizung zum Klassenhaß vorliegt.

Aber selbst, wenn die bayerische Verordnung vom 11. Mai 1923 rechtsgültig wäre, würde der § 9 dieser Verordnung die Beschlagnahme nicht rechtfertigen. Nach § 9 kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, die zur Begehung der Straftat bestimmt waren, oder bei Begehung der Straftat benützt wurden. Die Zeitung kann nicht als solcher Gegenstand bezeichnet werden. Die Zeitung ist vielmehr die Straftat selbst, nicht das Mittel, mit dem die Straftat begangen wurde.

Daß die Zeitung nicht als Mittel zur Begehung der Straftat angesehen werden kann, ergibt sich aus § 41 des R.St.G.B. Wäre die Zeitung ein Gegenstand, der zur Begehung eines Verbrechens oder Vergehens bestimmt ist im Sinne des § 40, dann wäre der § 41 überflüssig.

Besonders gewurmt hat den Schützer der Republik in der Polizeidirektion des Freistaates Bayern, daß wir der Ansicht sind, daß Deutschland bewußt zugrunde gerichtet werden soll. Er hat, wie aus der „Begründung" ersichtlich, uns unterschoben, daß wir den Regierungen überhaupt diese Absicht zusprechen. Aber da der juristische Beirat des neuen Polizeipräsidenten scheinbar den Sinn gedruckter Worte nicht ganz auf ihren juristischen Wert zu prüfen vermag, wird er in der Beschwerde darauf verwiesen, daß es nicht die Regierungsmitglieder als solche sind, sondern die Wirtschaftspolitik der Hochfinanz, der Trusts, der jüdisch-marxistischen Machthaber, die ausdrücklich als die Herrschenden genannt werden, als die, welche unsere gesamte Politik so unheilvoll beeinflussen und denen gegenüber eben der Parlamentarismus zum Widerstande unfähig ist. Man vergesse doch z. B. nicht, daß die Regierung Wirth den bayerischen Antrag auf Beschlagnahme des Vermögens überführter Wucherer kategorisch abgelehnt hat! Das Vermögen des Kapitäns Ehrhardt aber wurde konfisziert!

Wir — und mit uns Millionen Deutsche — sind der festen Überzeugung, daß das deutsche Volk zwischen der internationalen Hochfinanz und dem tollwütigen Marxismus zerrieben werden soll. Jeder Tag bringt uns neue Beweise für diese planmäßige Zusammenarbeit, die mit der Zermürbung des deutschen Heeres hervortrat, am 9. November fortgesetzt wurde, durch die restlose Erfüllungspolitik, durch die Propaganda für Verpfändung unseres gesamten Grund und Bodens gekrönt werden soll. Ob einzelne Regierungsmitglieder gutgläubig sind oder nicht, können wir nicht wissen, die neben ihnen wirkenden deutschfeindlichen Kräfte aber arbeiten planmäßig hin auf unsern Untergang.

Man öffne die Augen und sehe sich an, was in Sachsen und an der Ruhr vor sich geht! Müssen auch in Bayern den Leuten auf offener Straße die Gurgeln mit Rasiermessern durchschnitten werden, ehe man versteht, was sich eigentlich in Deutschland vorbereitet?

Der Absatz 4 bringt die bittere Wahrheit, daß immer nur kleine Leute wegen kleiner Schiebereien verurteilt werden, daß aber die Großwucherer und Großschieber unbehelligt bleiben. Nicht bloß der „Beobachter", sondern jeder Mensch wird der Auffassung sein, daß die ausschlaggebenden, weittragenden Preissteigerungen und Bewucherungen dem Staatsanwalt und dem Strafrichter fast immer unerfaßbar sind. Der „Beobachter" bricht in die Klage aus, daß die von ihm geforderte Vermögensbeschlagnahme und selbst Todesstrafe bei Großwucherern das einzig wirksame Abschreckungsmittel wären, daß aber die gegenwärtigen jüdisch-marxistischen Machthaber diese Maßnahmen nicht zulassen.

Ferner wird das bayerische Parlament kritisiert, daß es sich mit untergeordneten Dingen (Besichtigung von Polizeischulen usw.) befasse, anstatt das große Übel zu bekämpfen und die Todesstrafe für Wucherer auszusprechen. Darin allein sieht der famose Jurist in der Polizeidirektion schon eine Beschimpfung und Herabwürdigung der unantastbaren Götter an der Brannerstraße, die dann im angeführten Satz „gipfeln" sollen ...

Der ganze Sinn dieses Absatzes zwingt zu dem Schluß, daß unter den jüdisch-marxistischen Machthabern die wirtschaftlichen Mächtegruppen zu verstehen sind, die hinter der Regierung stehen und die Regierung beeinflussen und terrorisieren. Das ergibt sich zweifellos aus dem Schlußsatz, daß man von diesen Machthabern nicht verlangen kann, daß sie sich selbst aufknüpfen sollen.

Der Absatz 6 bringt die Aufklärung dahin, daß mit der fortschreitenden Abhängigkeit Bayerns die Teuerung in Bayern anwächst. Dieser Satz wird die allgemeine Billigung finden. Es ist in den verschiedensten Verhandlungen ausgesprochen worden, daß Bayern in seinem Lande nicht mehr Herr ist, die Grenzen nicht mehr absperren kann und auf die Preisbildung keinen bestimmenden Einfluß mehr nehmen kann.

Der „Beobachter" spricht von dem Zustand der politischen Schiebung. Er denkt hier daran, daß das Wahlrecht des einzelnen eigentlich beseitigt ist, und daß im wesentlichen die einzelnen Parteimachthaber die Leute in die Parlamente schieben, die ihnen angenehm sind. Auch hier pflichten dem „Beobachter viel sachlich wägende und ernst urteilende Männer bei.

Die bayerische Regierung kann sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Reichsregierung eine verächtliche Stelle ist, und daß deshalb auch sie in ihrer Achtung beeinträchtigt wird, wenn sie im Auftrage der Reichsregierung eine Verordnung erläßt.

Mit diesen Ausführungen ist wohl die innere Haltlosigkeit der famosen Begründung des Verbots auch dem Unmündigsten deutlich gemacht worden und wir hoffen, daß in manchen Kreisen der Regierung des Freistaats ein schiefes Lächeln auf die Lippen treten wird, wenn man sie an den neuen Schildbürgerstreich des Juristen aus der Ettstraße erinnert.

Selbst dem „Bayer. Kurier“ als dem Organ des Herrn Schweyer ist die ganze Angelegenheit nicht geheuer und er gibt seinem „Bedenken“ Ausdruck und hofft, daß die Polizei sich fernerhin mit den „übergeordneten Stellen“ in Verbindung setzen werde, wenn sie Zeitungen zu verbieten gedenke.

Also Herr Mantel hat in burschikoser Flottheit frisch ins volle Menschenleben gegriffen, sicher in dem Glauben, seinem Herrn im Innenministerium eine Freude zum Frühschoppen zu machen. Aber, o Graus, dieser hat ein Haar in der Suppe gefunden und läßt dem Neuernannten vor aller Öffentlichkeit einen großen Nasenstüber erteilen.

Wie nun aber, wenn das Verbot des „Völkischen Beobachter“ diesen Erfolg hätte:

Das deutsche Volk sieht, daß unser Blatt für rücksichtslosen Schutz vor der Ausbeutung eintritt; es spürt die Unfähigkeit der Parlamente; es sieht, daß der „V. B.“ auch hier offen von der Leber spricht, wie Millionen denken. Und dann sieht das Volk, daß — — die Polizei diesen Aufsatz beschlagnahmt, die Zeitung verbietet. Kann dieses Volk dann nicht auf den Gedanken kommen, daß die Polizei sich als Schützerin des Wuchertums hergibt? Daß sie Menschen schützt, die nichts, gar nichts getan haben, um die Wucherpest im Lande auszubrennen?

Wird das Volk nicht aufhorchen auf den leidenschaftlichen Ruf aus dem nationalsozialistischen Lager? Wenn das der Erfolg des Verbots ist, dann sind wir es zufrieden.

Der Polizei und ihren Beratern gönnen wir die Blamage und das Gelächter, das sich ab heute von München über die Lande ergießen wird ...

Die Beschwerde wird wohl bald verhandelt werden und wir nehmen als selbstverständlich an, daß ein Richter das ganze Verbot aufheben und für null und nichtig erklären wird. Dann hätte der Staat, d. h. der Steuerzahler die Streiche der hohen Polizei zu zahlen.

Viel Vergnügen.

Verpfändung der deutschen Wirtschaft

Das am 25. Mai dem Reichskanzler vom Reichsverband übermittelte Schreiben trifft auf sehr geteilte Meinungen und Beurteilungen. Wenn gewisse Kreise fürchten, daß die Denkschrift eine „lebhafte Diskussion“ zur Folge haben und daher nicht zur Fertigstellung der deutschen Note beitragen werde, ist das ebenso sicher, als die andere Besorgnis gerechtfertigt, daß der Gegensatz zwischen Industrie und Arbeiterschaft noch schärfer wird.

Auszugsweise verlautet in der Denkschrift wie folgt:

Das Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Frage, in welchem Umfange und in welcher Form die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garant für den Anleihedienst in Gemäßheit des deutschen Angebotes vom 2. Mai möglich ist, stellt zunächst fest, daß die **unmittelbare Haftbarmachung gegenüber dem Auslande nach dem Versailler Vertrag und nach den völkerrechtlichen Grundsätzen ausgeschlossen ist.** Die Denkschrift betont, daß die industrielle Wirtschaft sich zu der für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung bekennt, für das im Staat verkörperte Vaterland bis an die Grenze der Tragfähigkeit einzutreten. Die Bereitschaft auch der Industrie zur Übernahme von hohen Sonderlasten müsse von einer gleichzeitigen wirklichen Lösung des Gesamtproblems der Reparationen nach außen wie nach innen abhängen. Vorbedingungen seien: **Erhaltung** der vollen Substanz, der für eine gesunde Wirtschaft unentbehrlichen **staatlichen Vermögensobjekte**, desgleichen Wahrung der **Zollhoheit.** Würden die **Reichs- und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen regeneriert** und dauernd betrieben, so **könnten aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Millionen Goldmark herausgewirtschaftet werden,** bei günstiger Entwicklung **1 Milliarde und mehr.** Der Umfang der subsidiären Bürgschaft der Privatwirtschaft nach voller Auswertung der staatlichen Pfänder hänge in erster Linie von der Größe der jeweiligen Jahresleistung des Staates ab. Die Garantie der Wirtschaft für diese Zusatzbürgschaft könne nur in **Verpfändung ihrer Sachwerte** liegen. Die Wirtschaft, und zwar ländlicher und städtischer Grundbesitz, Industrie, Handel- und Bankgewerbe, könnten unter Anspannung aller Kräfte **eine jährliche Zusatzgarantie bis zum Höchstmaß von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen.** Die industrielle Wirtschaft erkläre sich bereit, **40 Prozent der genannten Garantiesumme** zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kräfteverhältnis der **Wirtschaftsgruppen zu übernehmen.** Als **Pfand** für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung käme nur **der Besitz an unbeweglichem Vermögen in Betracht.** Äußerste Sparsamkeit im Innern einerseits und Einsetzung der vollen Kraft des Volkes für die Abbürdung der Reparationslast durch Intensivierung der Arbeit seien Voraussetzung der zur Stabilität der Währung führenden Wiedergewinnung der Aktivität der Zahlungsbilanz, die ihrerseits die unbedingte Voraussetzung für langfristige Goldzahlungen eines verarmten Landes sei. Deutschland müsse ferner durch entsprechenden Aufschub der Zahlungen die Möglichkeit zur Stabilisierung seiner inneren Lage erhalten. Der deutschen Wirtschaft müsse die allen anderen Staaten gewährte volle Bewegungsfreiheit im Verkehr mit dem Inlande und im Ausland selbst wieder zugebilligt werden. Angesichts der inneren Wirtschaftslage seien für die Übernahme der Verpflichtungen **unerläßliche Voraussetzungen** in bezug auf innere Wirtschaftsreformen u. a.: **Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung, Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich, möglichster Abbau der Außenhandelskontrolle, Umgestaltung der Steuergesetzgebung,** insbesondere Hebung der Steuermoral, **Erhöhung der Tariffreiheit** bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages, Schaffung eines Arbeitsgesetzes, **Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen.** — Ohne sofortige Verwirklichung dieser Grundsätze wären alle Opfer des Volkes fruchtlos. Die Wirtschaft sei nicht in der Lage, die Mitverantwortung für einen derartigen Vorschlag zu übernehmen.

Man kann nur sagen, daß das „Angebot“ der deutschen Industrie in dieser Form, euphemistisch gesprochen, einen „wenig günstigen Eindruck“ macht. Namentlich klingt der Hinweis auf völlige Haftlosigkeit des Privateigentums gleich zu Beginn der Denkschrift höchst gereizt und durchaus nicht vom Gefühl der „Volksgemeinschaft“ inspiriert. Wenn der Reichsverband, dem die Wahrung seiner „berechtigten Interessen“ so sehr am Herzen liegt, daß er dem Staate vorschlägt, die gesamte Staatswirtschaft „nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu regenerieren“ (nebenbei bemerkt: sitzt in Zürich ein amerikanisches „Konsortium“, das sich für die Reichseisenbahn ebenso interessiert wie Herr Stinnes), wenn dieser Reichsverband sich damit fast aus einer Volksgemeinschaft lösen will: dann soll er sich nicht wundern, wenn man ihm als „subsidiär haftenden Bürgen“ auch entgegentritt. Letzterdings ist und bleibt das Wohl des Staates die Voraussetzung für das Wohlergehen auch „subsidiär haftender Bürgen“, für das Wohlergehen aller.

Soweit ist es noch nicht, daß der Reichsverband von sich behaupten könnte: „Der Staat bin ich.“ In Anbetracht der „Zusatzgarantie“ von jährlich 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren und des unbeweglichen Vermögens als Pfand sind die Gegenforderungen des Reichsverbandes im vollsten Sinn des Wortes ein privatkapitalistisch gedachtes und gestelltes Ultimatum.

Wir sind überzeugt, daß der Reichsverband vor allem den Franzosen einen Dienst damit erwiesen hat, daß er sie sehen ließ, auf welchen Grundlagen eine, wenn auch noch so „konziliante Erfüllungspolitik“ beruht ...

Aber auch der Marxismus wird den ganzen Wortlaut der Denkschrift auf das Konto des Klassenkampfes buchen können mit dem Hinweis: Volksgemeinschaft? Vom Zentrum bis zu den Demokraten? Mit Bosch, Duisberg, Craemer, Pietschek, Silversberg, Stinnes, Vögler ...? Auf Grund der Denkschrift vom 25. Mai ...??

Die Internationale

In Hamburg ist dieser Tage zur Abwechslung wieder einmal ein „Internationaler Sozialisten-Kongreß“ zusammengetreten. Er bildete den Schalltrichter für das internationale Feldgeschrei der Sozialisten. Es ist deshalb angebracht, dieser „Internationale“ die Larve vom Gesicht zu reißen.

Karl Marx setzte auf einem Sozialistenkongreß in London im September 1864 einen Beschluß durch, der die Gründung eines „großen internationalen Arbeiterbundes“ verlangte. Der Bund trat auch als „Internationale Arbeiter-Assoziation“ ins Leben. Sie gilt in der Geschichte des modernen Sozialismus als 1. Internationale. Ein paar Jahre später kam aber schon der Zerfall dieser Internationale, und zwar wurde er aus den eigenen Reihen heraus betrieben. Unter den Führern machten sich Eifersucht und Mißtrauen geltend. Der Russe Bakunin bekämpfte mit seinem Anhang das Übergewicht von Marx, da ihm der Marxsche Zukunftsstaat nichts als „ein reaktionäres Bourgeoisgebilde“ und die Herrschaft dieses Mannes als „eine unerträgliche Despotie“ erschien. Die Folge war die Sprengung der Internationale und ihre Auflösung auf dem Kongreß in Haag 1872.

Damit war nach Umfluß von kaum acht Jahren erstmals dargetan, daß die „Internationale“ an inneren Schwierigkeiten scheitern muß, wie sie eben durch die Verschiedenartigkeit der Völker und Staaten, die sich nicht kurzerhand auslöschen läßt, natürlicherweise gegeben sind.

Erst im Juli 1889 kam es wieder zu einem internationalen Sozialistenkongreß in Paris, auf dem nochmals die Bildung einer Internationale erreicht wurde, genannt die 2. Internationale. Dazu kam 1900 die Errichtung eines „Internationalen sozialistischen Bureaus“ in Brüssel. Aber auch diese Internationale war zum Scheitern verurteilt. Als hätte man die Bedeutungslosigkeit ihrer Existenz noch rasch vor aller Welt kundtun wollen, trat, als im Juli 1914 Kriegsgefahr drohte, das sozialistische Bureau in Brüssel zusammen und auferlegte den „Proletariern“ der kriegsbedrohten Länder die Pflicht, „mit allen Mitteln den Krieg zu verhindern“. Den tatsächlichen Verlauf kennen wir. Die nationalen Triebkräfte erwiesen sich bei allen Völkern stärker als das von der Internationale propagierte „weltumspannende Klassenbewußtsein“.

Die Internationale war also ein zweites Mal tot. Nichtsdestoweniger haben die Unentwegten während des Krieges die Fragmente der Internationale in der Schweiz aufrechtzuerhalten versucht, so besonders auf den Konferenzen in Zimmerwald im September 1915 und in Kienthal im April 1916. Von den „deutschen“ Teilnehmern seien Adolf Hoffmann und Ledebour genannt, von den russischen Lenin und Axelrod. Was diese sozialistischen Führer damals ermächtigte, „im Namen des internationalen Proletariats zu sprechen“, blieb freilich unerfindlich.

Nach Schluß des Krieges haben wir das Nebeneinanderwirken zweier Internationalen: die Trümmer der sog. 2. Internationale und die sog. 3. Internationale oder auch Kommunistische Internationale, die von den Bolschewisten im März 1919 in Moskau aufgemacht worden ist. Auf ihrem ersten Kongreß bezeichnete sie die 2. Internationale als „endgültig zerschlagen“. Die Kommunistische Internationale breche ein für allemal mit der Überlieferung der 2. Internationale, für die in Wirklichkeit nur Menschen weißer Hautfarbe existierten. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigten sich brüderlich Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe — die „Werktätigen“ der ganzen Erde.

Der „deutsche“ Sozialist Adolf Braun, ein glühender Verfechter der 2. Internationale, urteilt über den zweiten Kongreß der 3. Internationale in Moskau im Jahre 1920 u. a. wie folgt: „Unduldsamkeit, hochmütiges Aburteilen über andere Parteien, Forderung unbedingten Gehorsams dem Befehl der Oberen gegenüber auch für zukünftige, gar nicht vorauszusehende Befehle wurden als Bedingungen für die Aufnahme in die 3. Internationale gestellt. Ein Jesuitengeneral kann nicht schärferen, prüfungslosen Gehorsam verlangen, kann sich nicht für unfehlbarer erklären als die Machthaber in Rußland, als die Diktatoren von Moskau, die glauben machen wollen, daß nicht eine kleine Gruppe, sondern das russische Proletariat die Diktatur ausübe“. — Der „deutsche“ Sozialistenführer Wels endlich sagte auf dem sozialdemokratisch. Parteitag in Augsburg im Hinblick auf den „kommunistischen Katechismus“ von Moskau, die 3. Internationale sei ein Instrument des russischen Nationalismus, sie suche die übrigen Länder zu einem außenpolitischen Werkzeug Rußlands zu machen.

Das originellste an dieser Entwicklung ist, daß sich jetzt die beiden Internationalen gegenseitig die Existenzberechtigung absprechen. So schrieb z. B. Moskau 1921 an die 2. Internationale, daß sie nicht das Recht habe, im Namen von 30 Millionen Arbeitern zu sprechen, sondern nur im Namen eines kleinen Häufleins der Gewerkschaftsbureaukratie. Unter ihren Führern seien nicht die tonangebend, die uneigennützig, aufrichtig annehmen, daß sie der Arbeiterklasse dienen, sondern jene Elemente, die man als durchtriebene Geschäftsleute bezeichnen müsse.

So sehen wir, daß die Sozialisten wohl zwei Internationalen haben, aber keine Internationale, denn niemand wird behaupten können, daß die sog. Internationale seit den nahezu 60 Jahren ihrer „Existenz“ in der Weltpolitik jemals wirksam in Erscheinung getreten ist. Nach wie vor sprechen aber die Sozialisten von der Internationale als existent, weil nun einmal der internationale Gedanke ein Stück ihrer verlogenen Ideologie ist. In Wahrheit ist die vielgepriesene Internationale der Marxisten nichts anderes als eine Fiktion, d. h. eine Annahme, von deren Falschheit der Annehmende von vorneherein überzeugt ist, die er aber um ihrer Brauchbarkeit willen anwendet. Sie ist weiterhin eine schamlose Lüge, mit der die gewissenlosen Führer die deutsche Arbeiterschaft betören; und sie ist letzten Endes ein Verrat am eigenen Vaterland, das logischerweise für einen „Internationalen“ erst an zweiter oder dritter Stelle steht, soferne er — den Begriff Vaterland überhaupt anerkennt.

Fr. X. Nagl.

Zum Betrügerkongreß in Hamburg

Seitens „Rußlands“ sprach der „Russe“ Abramowitsch. Er ist einer jener von Trotzki und Lenin Abgekränkten, die aus Wut über die erhaltenen Fußtritte mehr ausplaudern, als sie es sonst getan hätten, wenn man ihnen mehr „Arbeitsmöglichkeiten“ gegeben hätte. So machte denn dieser Abrahams-Sohn einige Geständnisse, die sich jeder deutsche Arbeiter mit fußhohen Lettern hinter die Ohren schreiben sollte. Herr Abramowitsch sagte („Vorwärts“ 236):

„Der überaus mächtige Kapitalismus, der vor dem Kriege existierte, ist verschwunden. Wir haben aber jetzt eine neue bürgerliche Kapitalistenklasse von Fabrikanten. Die bolschewistische Partei, die 1917 die Macht an sich gerissen hatte, hatte sich bekanntlich zum Ziel gesetzt, ein kommunistisches Gemeinwesen zu errichten. Sie wissen, was aus diesen Plänen der Sowjetregierung geworden ist! Statt einer klassenlosen Gesellschaft haben wir jetzt wieder eine privatkapitalistische Gesellschaft mit verschiedenen Klassen. Eine Revolution mit solchen praktischen Ergebnissen müssen wir eine bürgerliche nennen. Jedenfalls ist es

eine mißlungene proletarische Revolution.

Die Kommunisten suchten ihre Ziele durchzusetzen mit Hilfe einer gewaltsamen Diktatur. Das Resultat ist eine kolossale Vernichtung von Produktionsmitteln. Die Landwirtschaft ist auf 50 bis 60% der Produktion vor dem Kriege gesunken, die Industrie

Zum Münchener Mozartfest

Es war schade, daß die „Serenade im Freien“ trotz Sonnenschein und köstlicher Frühlingsluft nicht an ihrem ursprünglichen Bestimmungsort stattfinden durfte. Der Brunnenhof der Residenz hätte jedenfalls den beiden Frühwerken Mozarts (K. V. 286 und K. V. 131) einen stimmungsvollen, der frühlingshaften Abwechslungsfreude dieser Werke äußerst entsprechenden Rahmen gegeben. Hugo Röhr brachte mit dem Orchester des Nationaltheaters auch in der Kühle des Odeonssaales ein Stimmungsbild zustande, das trotz der Enttäuschung, anstatt „im Grünen zu singen“ hinter Schloß und Tür zu sitzen, durch seine frisch-fröhliche Beschwingtheit für sich einnahm.

An zwei aufeinanderfolgenden Abenden besorgte das unermüdlich tätige Buschquartett dann noch die Wiedergabe des Restes jener zehn berühmten Streichquartette, die nicht nur im Schaffen Mozarts, sondern in der Quartettliteratur überhaupt Marksteine der Entwicklung darstellen: der Entwicklung des von Haydn eigentlich geschaffenen, von Mozart erst sanktionierten Streichquartettes. Von hier bis zur Vollendung dieser Form im Sinne Beethovens ist, das kam wohl manchmal auch an diesen Abenden zu Bewußtsein, wirklich nur ein Schritt.

Das letzte Orchesterkonzert des Mozartfestes leitete der Präsident der Münchener Akademie, Prof. Sigm. v. Hausegger. Wir waren uns schon von früher her bewußt, daß dieser bedeutende Dirigent eine stark natürliche Veranlagung, eine Art Vorbestimmung“ für den Stil und Geist des deutschen Mozart habe. Aber unsere Erwartungen wurden besonders durch Wiedergabe der beiden Sinfonien A-Dur und noch mehr der Jupitersinfonie bedeutend übertroffen. Dieses glänzende, strahlende in der Kraft seiner strengen Männlichkeit durchaus abgerundete und von der Fuge prachtvoll überwölbte Wundergebäude vermittelte Hausegger in einer Weise, die ihn allein zum Mozartdirigenten stempeln müßte: wenn wir heute überhaupt noch die beste Art eines Dirigenten darin sehen würden, sich auf irgendeinen Stil oder einen Meister zu kaprizieren. Die Natürlichkeit einer starken Veranlagung äußert sich ja beim „modernen“ Künstler Gott sei Dank nicht mehr in dem beschränkten Subjektivismus der „ästhetischen Gründerzeit“.

Auch die Solisten des Abends, Elisabeth Schumann und Paul Bender, liehen in der Arie für Sopran und der deutschen Kantate (für deren Instrumentation Hausegger zeichnete) ihr bedeutendes Können dem Werk Mozarts, selbstlos zurücktretend vor den Absichten des großen Genius.

Der Ausklang.

Im festlich geschmückten Festsaale des Hofbräuhauses sollte das zehntägige Fest ein mehr als stimmungsvolles Ende finden. Da war, was man gemeiniglich „Betrieb“ nennt, in der Sphäre eines künstlerisch veredelten musikalischen Faschingstreibens.

Das Buschquartett, auch an diesem Abend die „Kerntruppe“, wurde in den „Dorfmusikanten“ (einem Spätwerk Mozarts) von unseren einheimischen Hornisten Guttner und Tuckermann unterstützt. Später gab's „das Bandel“, das [illegible] hard in köstlicher Ausdeutung nachschufen. Dazwischen die Contretänze des K. V. 609, und die Ländler für zwei Violinen und Baß.

Es ist schwer zu sagen, ob der Publikus mehr durch die göttliche Einfalt dieser Spätwerke des Meisters, oder die künstlerische Laune der Ausführung in jene „gehobene“ Stimmung versetzt wurde, die es sogar dem Festredner des Abends (Kultusminister Dr. Matt) schwer machte, sich der allgemeinen Fröhlichkeit zu entziehen ...

Nun ist das Fest verklungen. Außer der Erinnerung an die wahrhaft aufopferungsvolle Teilnahme aller Mitwirkenden aber hat die Münchener Musikwelt allen Grund, dem eigentlichen Unternehmer der Mozartwoche, Arnold Clement vom Verlag Bauer, dankbar zu sein. Seinen Bemühungen letzterdings ist es zu danken, daß uns ein Überblick über das Schaffen jenes Meisters geboten ward, der gerade in unserer Zeit ein Symbol und eine Hoffnung sein soll.

Residenz-Theater: Hermann Bahrs Lustspiel in 3 Akten „Die Kinder“ wird am Mittwoch, den 30. Mai, nach längerer Pause wieder in den Spielplan aufgenommen. Es sind beschäftigt: Frl. Bierkowski und die Herren Höfer, Fischel, Graumann, Schröder und Wernicke. Spielleitung: Fritz Basil.

*

Gärtnerplatztheater: „Verliebte Leute.“ In drei Akten entwickelt sich die Geschichte zweier Liebespaare unter vielfach lustigen Hindernissen, die schließlich durch die Ausdauer und das Temperament der beiden Liebhaber, [illegible] der Fähigkeit, immer wieder neue Wege zur Erlangung ihres Glücks zu finden, überwunden werden und zu einem glücklichen Ende führen. Selbst das alte Elternpaar versöhnt sich stolz im Besitze der endlich erhaltenen Exzellenzenwürde. Die Musik Eduard Künneckes ist, wie immer, flüssig, mit Schmiß, ohne Hang zum „Operettenmodernismus“, geschrieben. Das Spiel war durchwegs flott und einheitlich. Gretel Walters holte alles aus ihrer Rolle heraus und gab die Steffi mit viel Temperament, jugendlichem Übermut und Grazie. Nelly Broder hatte gesanglich teilweise sehr schöne Momente und bemühte sich mit Erfolg, auch im Spiel nur Gutes zu geben. Lachsalven entfesselte wieder einmal Olschinski, der immer „zur unrechten Zeit“ sprach und handelte und außerdem unter dem nicht gerade angenehmen Pantoffel seiner äußerst energischen Ehefrau (Lina Melttinger) stand. Mit viel Gewandtheit verkörperte auch Guggenbühler den jungen Leutnant und Liebhaber. Carl Boehe dirigierte mit viel Temperament das Orchester, welches famos musizierte.

*

Die Morgenaufführung im Volkstheater vom Sonntag, den 27. Mai, die zum Besten der Ruhr- und Pfalzhilfe veranstaltet wurde, war ein voller Erfolg. Vor gut besetztem Hause trug zunächst Direktor Beck Anzengruber und humoristische Jugendgedichte Peter Roseggers vor. Herr Waldau erntete mit Franz von Kobells lustiger Geschichte vom Brandner Kaspar und mit Gedichten von Stieler, darunter der ergreifenden „Anfrag“ und dem köstlichen „Wunderdoktor“ reichen Beifall. Als Zugabe kam noch Josef Ruederer mit seinen Betrachtungen bei Besteigung der Frauentürme zu Gehör. Als Dritter erfreute Herr Ulmer durch Erzählungen von Ludwig Thoma. Eine der bekannten „Lausbubengeschichten“, ferner die scherzhafte Erzählung von der Sammlung von Volksliedern und anderes mehr wurde zum Vortrag gebracht. Direktor Beck schloß die gelungene Veranstaltung mit Maximilian Schmids „Der häusliche Krieg“.

D.

*

Der Richard-Wagner-Abend unserer Opernmitglieder E. Merz und O. Wolf trug, wie leicht begreiflich, reichlich bühnenmäßige Grundstimmung und Haltung. Immerhin wird man sich auch vom Konzertpodium aus gerne in jene Welt versetzen lassen, wenn zwei Künstler von solch stimmlichen (und darstellerischen) Qualitäten sich für das Schaffen des Mannes einsetzen, der unser deutsches Musikdrama gefunden.

*

Hochschulnachrichten. Zur Wiederbesetzung der durch den Rücktritt des Geheimen Rates Dr. Aurel Voß erledigten ordentlichen Professur für Mathematik an der Universität München hat das Staatsministerium für Unterricht und Kultus einen Ruf an den ordentlichen Professor an der Universität Leipzig Dr. Gustav Herglotz ergehen lassen.

*

auf etwa 16%! Wir hatten vor dem Kriege in Rußland eine starke Arbeiterklasse, jetzt sind nach den Angaben Trotzkis höchstens 3 bis 4 Millionen Arbeiter in Rußland beschäftigt. Das bedeutet eine Verminderung der Arbeiterklasse um 80%."

Es wird also zugestanden, was wir behaupteten. Nur eines wird verschwiegen, daß nämlich der alte russische Nationalkapitalismus heute in den Händen der Juden liegt.

Fügt man hinzu, daß auch unsere Mehrheitsmarxisten einen sozialistischen Staat versprochen haben und daß auch wir an seiner Stelle einen Privatkapitalismus als Wucherherren dafür erhielten, so zeigt dies, daß der gesamte Marxismus schmählich Schiffbruch gelitten hat.

Wenn in einem Atem fast mit Abramowitsch der österreichische Hebräer Otto Bauer unter „lebhaftem Beifall" erklärt, die „Verteidigung der russischen Staat, versprochen haben und lutionäre Intervention" bleibe eine der „größten (!!) Aufgaben" („Vorwärts" Nr. 235), und das nationale Deutschland als ein „Gefahrzentrum" bezeichnet, so tritt einem die ganze Verlogenheit dieser Hamburger Burschen erst voll vor Augen.

Deutsche Arbeiter, seht euch eure alten „Führer" recht genau an. Es sind wahre Prachtexemplare. Und diese schreien über eine Weltreaktion gegen ihren Betrug und nennen das — man lache nicht — eine Arbeiterinternationale . . .

Ein Held!

Am 26. Mai wurde Schlageter von französischen Mördern erschossen. Er hatte seinem Volke gedient. Ehre seinem Andenken und möge die Opferung seines Lebens allen Deutschen zum Bewußtsein führen, daß die Ehre des Volkes höher steht als alles andere im Verzweiflungskampf von heute.

Atempause im Ruhrgebiet

tu. **Berlin, 29. Mai.** Nach den bei den zuständigen Stellen eingetroffenen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet ist dort im Laufe der letzten 24 Stunden eine Entspannung der Lage eingetreten.

Ein Teil der wirtschaftlichen Streiks dauert zwar noch fort, doch ist anzunehmen, daß mit dem Bekanntwerden der gestrigen Einigung über die Lohnregelung für die Bergarbeiter diese Streiks rasch abnehmen werden. Soweit es sich um politische Streiks handelt, hat die Wiederaufnahme der Arbeit schon gestern auf fast allen Werken und Fabriken Fortschritte gemacht. Nur in Herne ist die Lage noch kritisch, und in Gelsenkirchen sind die proletarischen Hundertschaften nach wie vor Herren der Lage. Im übrigen Unruhegebiet ist der Selbstschutz jetzt überall paritätisch zusammengesetzt. Auch hat sich eine wesentlich bessere Verteilung der noch vorhandenen polizeilichen Streitkräfte ermöglichen lassen, mit deren Hilfe eine weitgehende Beruhigung des Gebietes durchgeführt werden konnte. Nachrichten über neue Plünderungen und gewaltsame Preisherabsetzungen liegen nicht vor, und man rechnet in den Kreisen der preußischen Regierung damit, daß die Beruhigung in den nächsten Tagen weitere Fortschritte machen wird.

Wer glaubt noch an solche Beruhigungspillen?

Antisemiten! Nationalsozialisten!

Freitag, 1. Juni — Freitag, 1. Juni

Große

öffentliche Massenkundgebung

am Freitag, den 1. Juni 1923

im Gebäude des Zirkus Krone.

Es werden sprechen der Führer der deutsch-österreichischen Bruderpartei

Dr. Walter Riehl-Wien

sowie unser Führer

Adolf Hitler.

Deutsche aller Stände erscheint in Massen!

Neue Gewalttaten

Düsseldorf, 29. Mai. Nachdem der stellvertretende Regierungspräsident, Oberregierungsrat Lutterbeck, von den Franzosen aus unbekannten Gründen gestern abend verhaftet worden war, hat Oberregierungsrat Hentze die Geschäfte übernommen. Dieser hat gegen die Verhaftung bei der Besatzungsbehörde schriftlichen Protest eingelegt und hierdurch gegen das unberechtigte Eingreifen der Franzosen in die deutsche Verwaltungstätigkeit Einspruch erhoben. Der verhaftete stellvertretende Regierungspräsident wurde in das Gefängnis Deerendorf überführt.

Bei den Räubern

Essen, 29. Mai. Um die von den Franzosen in der Reichsbank beschlagnahmten 95 Milliarden Mark freizubekommen, begab sich heute morgen eine Abordnung, die aus dem Reichsbankdirektor Peckold, dem Beigeordneten Seipel und Dr. Richter, sowie aus Vertretern der drei Spitzengewerkschaften bestand, nach Bredeney, um mit General Jaquemot zu verhandeln. Anscheinend ist die Abordnung an General Degoutte verwiesen worden. Sie hat sich nach kurzer Zeit in das Hauptquartier nach Düsseldorf begeben.

Millerand über das Ruhrproblem

tu. **Paris, 29. Mai.** Präsident — der Halbjude — Millerand hat gestern in Mülhausen eine Rede gehalten und sich auch zu der Ruhrfrage geäußert. Millerand erklärte u. a.: In dem Maße, wie wir die Bedingungen des Versailler Vertrages in Kraft setzen wollten, wurde es klar, daß man die Denkart des besiegten Volkes nicht genügend berücksichtigt hatte. Niemand von ihnen hat Überraschung oder Unruhe empfunden (?), als unsere Truppen in Begleitung unserer treuen belgischen Freunde in das Ruhrgebiet eindrangen. Wenn der Versailler Vertrag den Gläubigen das Recht gibt, den widerspenstigen Schuldner zu pfänden, so sind wir damit nur den überlieferten Grundsätzen des Volkes, wie auch denjenigen der besonderen Gesetzgebung (!) gefolgt. Nachdem Frankreich von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat, kann es von kaltblütigen und aufrichtigen Beurteilern keine Kritik (!) erfahren. Hinter seiner Handlung versteckt sich kein Hintergedanke (?). Frankreich will nur das, was ihm zusteht, und es wird es erlangen. Frankreich hat ein Pfand ergriffen, weil es nicht bezahlt wurde. Es wird dieses Pfand gegen Bezahlung freigeben, aber nicht vorher. Es ist lächerlich, wenn man unser Land wegen dieser so einfachen und gerechtfertigten Haltung (!) militärischer und Eroberungsabsichten verdächtigen wollte.

10-Millionen-Spende der ital. Auslandsdeutschen

tu. **Berlin, 29. Mai. Die Vereinigung der Deutschen in Neapel, die dem Bund der Auslandsdeutschen angeschlossen ist, hat durch die Zentrale des Bundes des Deutschen Volksopfers zugunsten der durch die Ruhrbesetzung Geschädigten den Ertrag einer Sammlung in Höhe von 4300 Lire überwiesen, die heute einen Wert von 10 Millionen darstellen.**

Die bolschewistischen Unruhen in Dresden

tu. **Dresden, 29. Mai.** Gestern abend gegen 7 Uhr kam es in der Nähe des Hauptbahnhofes zu einem Zusammenstoß zwischen proletarischen Hundertschaften und der Polizei, wobei es auf beiden Seiten einige Verletzte gab. Die Hundertschaften zogen dann in militärischer Ordnung und in Gleichschritt nach dem in der Nähe des Pirnaischen Platzes gelegenen Polizeipräsidium. Die Kommunisten, die zum Teil mit Knüppeln bewaffnet waren, umlagerten das Gebäude. Bei dem dann folgenden Zusammenstoß fielen mehrere Schüsse, doch haben die Schutzpolizisten nach Auskunft beim Polizeipräsidium zufolge des erteilten Schießverbotes von der Schußwaffe keinen Gebrauch gemacht. Auch hier ging die Polizei mit dem Gummischläger und mit blanker Waffe vor. Zahlreiche Verletzte, darunter auch einige Schupoleute wurden festgestellt. Ob sich die Gerüchte von drei oder gar sieben getöteten Zivilisten bestätigen, konnte noch nicht festgestellt werden. Gegen 11 Uhr wurden Waffen- und Munitionsgeschäfte in der Wittenerstraße von jugendlichen Demonstranten geplündert, die sich mit ihrer Beute in den von der Wittenerstraße abzweigenden dunklen Gassen in Sicherheit brachten. — Die Demonstranten hatten erhebliche Verstärkungen aus Berlin erhalten, die mit dem Nachtzug Dresden wieder verließen. Nach den in der Menge geführten Gesprächen ist für heute geplant, von der Regierung die völlige Zurückziehung der Schupo und Übertragung des Sicherheitsdienstes auf die Hundertschaften zu fordern.

Keine alliierte Tributkonferenz

tu. **Paris, 29. Mai.** Die Nachricht, wonach Mussolini zu einer interalliierten Konferenz nach Paris kommen werde, wird heute von dem römischen Berichterstatter des „Eclair" dementiert. Besprechungen, die auf eine neue interalliierte Zusammenkunft abzielen, seien tatsächlich bekannt geworden, doch seien die zu überwindenden Schwierigkeiten so groß gewesen, daß man den Plan aufgegeben habe. Poincaré stehe dem Plane ungünstig gegenüber.

Eine aus London einlaufende Reutermeldung besagt, daß man in wohlunterrichteten Londoner Kreisen von einer interalliierten Konferenz zwecks Reparationsbesprechungen nichts wisse.

Die Orientkonferenz

tu. **Lausanne, 29. Mai.** Einen äußerst wichtigen Punkt bei der Einigung über die griechisch-türkische Reparationsfrage bildete das Zugeständnis der Verbündeten an die Türkei, daß sie ihrerseits ein Entgegenkommen der Türkei gegenüber Griechenland bei den alliierten Reparationsforderungen berücksichtigen würden. Die Verbündeten haben erklärt, daß sie von ihren Reparationsforderungen in Höhe von 15 Millionen Pfund Sterling 11 Millionen Pfund Sterling in Abzug bringen wollen, die sie für das in Deutschland und Österreich beschlagnahmte türkische Eigentum und für die an England zu viel bezahlte Summe für Kriegsschiffe in Händen haben. Die Türken wollen aber, wie sie in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission betonten, die ganze Reparationsfrage mit den Verbündeten als geregelt auffassen und lehnen auch eine Entschädigung für die unter türkischem Namen, aber mit ausländischem Kapital in der Türkei arbeitenden Gesellschaften für Kriegsschäden ab. Da die Verbündeten auf ihrer Forderung bestanden und keine Einigung erzielt werden konnte, dürfte diese Frage vertagt werden.

Schießerei zwischen japanischen und russischen Dampfern

tu. **Moskau, 29. Mai.** Aus Wladiwostok wird gemeldet, daß der russische Schutzdampfer „Sawoiko" wiederum zwei japanische Dampfer, die in verbotenen russischen Gewässern fischten, festgenommen habe. Einer der Dampfer ergriff die Flucht: es entstand eine Schießerei, wobei ein Russe getötet und drei Japaner verwundet wurden. Der Dampfer wurde beschlagnahmt.

Italien fordert Amerika zum aktiven Eingreifen auf

tu. **Rom, 29. Mai.** Die italienische Regierung richtete eine Note an die Vereinigten Staaten, worin sie diese ersucht, ihren ganzen Einfluß für die Lösung der europäischen Probleme aufzubieten. Europa könne zum Wiederaufbauwerk nicht ermutigt werden, wenn sich Amerika systematisch von den europäischen Fragen fernhalte.

Die italienische Presse mißbilligt die Ermordung Schlageters

tu. **Mailand, 29. Mai.** Die Hinrichtung Schlageters durch die Franzosen hat in der italienischen Presse starken Protest hervorgerufen. Der „Secolo" schreibt, die Hinrichtung sei eine ernste Angelegenheit und ungesetzlich. Poincaré habe in seiner Antwort an den deutschen Reichskanzler erklärt, die Ruhrbesetzung sei nicht ein kriegerisches Unternehmen, sondern eine friedliche Aktion. Todesurteile und Hinrichtungen sollten deshalb nicht vorgenommen werden. — Der Mailänder „Sera" erklärt, eine Hinrichtung im besetzten Gebiet zur Friedenszeit könne nicht gerechtfertigt werden und beleidige jedes menschliche Gefühl. Das Blatt meint auch, Belgien scheine unter gewissen Zahlungsbedingungen Deutschlands zur Räumung der Ruhr bereit.

Jesus von Nazareth und unsere Zeit

Vortrag von Dr. Georg Schott.

Es scheint ein Gesetz in der Geisteswelt zu sein, daß man gewisse Erscheinungen des Geisteslebens erst dann richtig zu beurteilen vermag, wenn sie aus der Gegenwart in die Vergangenheit gerückt sind. Und je gewaltiger diese Erscheinungen sind, desto größer muß die Entfernung sein, aus der allein wir ein richtiges Bild von ihnen gewinnen können.

Für ein Verstehen Jesu, seiner Person und seines Leidensweges, scheint heute der Augenblick gekommen zu sein. Unsere Zeit wird uns zum Schlüssel für das Mysterium, was sein Werk und Wesen darstellt und umgekehrt: von ihm und seinem seelischen Kampf fällt Licht in ungeahntem Maße auf unser Erleben und auf die Aufgabe, die uns vom Schicksal gestellt ist. Wie haben wir uns den Beginn der Wirksamkeit Jesu zu denken nach den Anhaltspunkten, die uns die Evangelien geben?

Jesus erscheint als ein Gottgesandter, beauftragt, den Menschen zu sagen von Dingen und Wahrheiten, von denen sie in den Predigten der bestellten Hüter der Religion nichts vernahmen. Die „Geheimnisse des Reiches Gottes" ihnen zu verkünden, sie einzuführen in eine höhere Art von Denken und Weltbetrachten, sie hinzulenken auf die verborgenen Wirklichkeiten eines Übersinnlichen, die sich in den tausendfachen Erscheinungen des Sinnlichen ausdrücken und die man nur gewahrt, wenn man eben inne wird, daß die Welt um uns her eine Welt von Zeichen und Rätseln ist, die es zu deuten gilt. Jesus lehrte auf den Feldern und am See, im Wald und auf den Bergen, und ließ die Menschen sich versenken in die wunderbare Gotteswelt. Er lehrte sie verstehen: alles Vergängliche, alles, was ihr da seht, ist nur Gleichnis, hat nicht Selbstzweck, trägt eine Seele in sich, die wir entdecken und erlösen müssen. — So sprach er von den Blumen und von den Vögeln, von den Gräsern und Halmen, von all den Heimlichkeiten und Herrlichkeiten des Lebens und leitete sie zum Glauben an „Sankt Überall" hin.

Es will mir so scheinen, daß Jesus sich am Anfang seiner Wirksamkeit ganz allgemein an seine Umgebung gewandt hat, ohne bestimmte Auswahl und Begrenzung. An die Mühseligen und Beladenen, gleichgültig aus welcherlei Volk und Herkunft. Wir würden wohl sagen: „Das allgemein Menschliche" im weitesten Sinn war es, was er darbot. Allgemeinste Wahrheiten und Ziele aufzuzeigen für alles Volk: das war „der Sinn". „Lebensfragen" und „Menschheitsziele", darin faßte sich alles zusammen. Und den Willen in den Menschen zu wecken, über die Nichtigkeiten des Alltäglichen hinaus: das war der Gedanke. Nicht stumpf und träge, Stunde an Stunde, Tag an Tag zu reihen, sondern eine höhere Idee in den Mittelpunkt des Ganzen zu rücken und alles Denken, Fühlen, Wollen ihr unterzuordnen.

Über dieser seelsorgerlichen Tätigkeit, die verbunden ist mit einem Helfen und Heilen der körperlichen und seelischen Gebrechen der Armen und Kranken gehen Jahre dahin. — Da zeigen sich die ersten Anzeichen eines Neuen.

Jesus wendet sich nicht mehr ohne weiteres an die breite Öffentlichkeit. Er hat seine Erfahrungen gesammelt. Sie nehmen, was er bietet, aus dem Schatz seiner Erlebnisse, gern und mit Beifall hin. Aber es zeigt sich keine Frucht, kein Verarbeiten der Wahrheit. Sie haben sich an seine Verkündigung gewöhnt, wie man sich an eine leibliche oder geistige Nahrung gewöhnt. Aber sie verstehen nicht die Aufgabe, die er ihnen stellt. Sie begreifen nicht „das Werk", das er von ihnen verlangt: Die seelische Mitarbeit. Er gibt ihnen zu verstehen, daß der Sinn dessen, was er vorhat, sich nicht darin erschöpft, daß er ihnen immer wieder gibt und sie zuhören und begeistert sind, und alles bleibt schließlich beim alten. Er will eine innere Gemeinschaft, ein wechselseitiges Geben und Nehmen . . .

Eine neue Erkenntnis und eine neue Art der Verkündigung setzt ein. Nur die, die es sich etwas kosten lassen, die aktiv beteiligt sind bei der großen Sache, kommen ernsthaft in Frage. Nur die, die „dem Himmelreich Gewalt antun", reißen es an sich. „Suchet, so werdet ihr finden, klopfet an, so wird euch aufgetan!" Und um den Willen zu stählen, um die Kräfte des Suchens und des Verlangens nach tieferer Erkenntnis zu wecken, nimmt seine Predigt bewußt immer mehr den Charakter der Gleichnisrede an. Die Wahrheit wird eingehüllt. Wer fernerhin mittun will, muß sich mühen um das Verstehen seiner Botschaft. Das ungefähr muß der Sinn des Wortes sein, das sich im Evangelium findet: „Er sprach nur noch in Gleichnissen zu ihnen, und anders als in Gleichnissen sprach er überhaupt nicht mehr, damit sie mit hörenden Ohren nicht hören und mit sehenden Augen nicht sehen." Jesus bedient sich immer mehr der Gleichnisrede, einer Rätselsprache, damit nur die, die eines wirklich guten Willens sind, die Heilsbotschaft verstehen. Das ist nicht hart, nicht grausam. Es ist wunderbar zu erleben, wie selbst Menschen von bescheidensten Geistesgaben in die Wahrheit einzudringen vermögen, wofern sie nur aufrichtig wollen; aber auch das Umgekehrte: wie selbst Kluge und Begabte vollkommen versagen, wenn eine seelische Anteilnahme von ihnen verlangt wird, zu der sie nicht gewillt sind. So werden sie auch nicht „gestillt".

Mit der Zeit taucht ein neues Moment auf, was bis dahin anscheinend oder tatsächlich noch gar nicht in Betracht gekommen war.

Im Evangelium findet sich ein Wort, dem im allgemeinen zu wenig Beachtung geschenkt wird. „Ich bin nicht gesandt, denn nur zu den verlorenen Schafen vom Hause Israel." Hier zeigen sich die ersten Spuren einer grundsätzlichen Beschränkung der Wirksamkeit Jesu. Ein Gegensatz deutet sich in diesen Worten zum erstenmal an, der bis dahin gar nicht bemerkbar war, der aber in der Folgezeit immer stärker hervortritt. Hier zieht Jesus deutlich eine Grenze; eine Scheidewand wird aufgerichtet. Zunächst gegen die außerisraelitischen Völkerschaften im Norden, wo Jesus lehrte und predigte. (Das Wort stammt bekanntlich aus dem Gespräch mit dem kananäischen Weib. Math. 15.) Es scheint sich aber in diesem Wort bereits mehr anzudeuten: der Gegensatz gegen alles Nichtisraelitische überhaupt, vor allem gegen den stärksten Gegenpol des Israelitertums: gegen das Judentum.

Es bestand ja, was viel zu wenig bekannt ist, ein fundamentaler Unterschied zwischen den Israelitern und den Juden. Die Israeliten waren die Reste der Urbevölkerung von Palästina, die von dem aus dem Süden eingedrungenen Volk der Juden großenteils ausgerottet oder unterjocht und in völlige Abhängigkeit von ihren Unterdrückern gebracht worden waren. Dort oben im Norden, aus dem auch Jesus stammte, hatten sich noch Reste jener Urbevölkerung der Israeliter erhalten. Hier war zum Teil noch reines, von jüdischem unverfälschtes Blut. Dort gab es noch echte Israeliten, „in denen kein Falsch ist", was Jesus mit ausdrücklicher Betonung hervorhebt, wie er Nathanael zum ersten Mal sieht und zu seinem Jünger erwählt. Alle diese kleinen Züge geben zu denken . . .

Ich möchte nicht versäumen, auf die eben berührte Frage noch etwas näher einzugehen, weil sie von grundlegender Bedeutung ist auch für das Verständnis des Lebens Jesu, vor allem seine spätere Wirksamkeit: ich meine auf das Verhältnis von Israeliten und Juden zueinander, die in der Allgemeinvorstellung als ein und dasselbe Volk, nur mit verschiedenen Namen gelten, ähnlich wie man von uns als von Deutschen oder von Germanen spricht. In Wirklichkeit handelt es sich in jenem Fall um zwei Kulturen von denkbar größter Verschiedenheit, von denen die eine geistig und sittlich außerordentlich hochstehende von der anderen in einem über Jahrhunderte sich erstreckenden, mit allen nur erdenklichen Mitteln von Niedertracht

Münchener Beobachter

Beschlagnahmt!

Am Marienplatz gab es am letzten Donnerstag mittags einen kleinen Menschenauflauf. Hatten sich da um eine Zeitungsverkäuferin ein paar Männer postiert und redeten eifrig auf sie hinein. Und wie es so ist: wenn ein paar irgendwo beieinanderstehen, stecken sofort des Weges Kommende ihre Nase dazu, um zu erfahren, was es denn da Neues gibt. Und so ist denn der Menschenauflauf schnell beieinander. Ich also, auch einer von den Naseweisen, komme dazu und höre folgenden „Dischkurs" an:

„Wos, an ‚Völkischen Beobachter' ham s' heit beschlagnahmt!" — „D' Zeitungsfrau sagt's. Grod hätt i mir van kaffa woll'n." — „Dö Nummer muaß her, kost's wos mog! Do muaß scho was ganz B'sunders drinsteh, wenn ma döß net les'n derf." — „Do ham S' dö Nummer, Herr Nachba, i hab no oane dawischt. Nix B'sunders steht drin. I ko mir net denka, wos ma do net wiss'n derffat." — „Der Artikel ‚Teuerung und parlamentarische Unfähigkeit' hat eahna net paßt, hat mir der Schutzmann g'sagt", klärt da die Zeitungsfrau ingrimmig auf. — Der Männerdisput nimmt seinen Fortgang: „No, hör'n S' amal! I hab ihn g'les'n, den Artikel. Recht hat er, a Schand is." — „Dö Herrn vom Landtag und von der Regierung solln amal umanandhorch'n im Volk, was ma red't und wia ma denkt! Do dan s' no ganz was anders hör'n, als was in dem Artikel drinsteht. D' Augen mueßt'n eahna übergehn und koana derfat sich z' erkenna geb'n." — „No ja, d' Zeitung, die si no wirkli so z' schreib'n traut, wia's is, die könna s' ja beschlagnahma. Aber 's Volk hat sei eigne Meinung und laßt sich nimma osinga. Lang gnua san ma so dumm gwen, aba amal werd ma doch hell." — „Wia sie sich nur net schama! Alles lass'n hänga, wia's hängt. Koa Mensch kümmert sich drum, wia do unservans no mitkemma soll. Wia jetzt d' Sach wieder naufgeht! Aber koa Finga rührt sich. Wenn s' so no lang weitermacha, kemma wir aus dem Dreck nia nimma raus."

„Weitergehen!" erscholl da eine barsche Stimme, und ein helmbewehrter Schutzmann schob sich zwischen die Leute. Sie gingen und dachten sich ihren Teil ... Na.

Straßenschmuck beim Deutschen Turnfest. Der Einladung des Ausschmückungsausschusses, im Männerturnverein in der Häberlstraße die Richtlinien des Ausschusses für den Schmuck der Festzugsstraßen entgegenzunehmen, hatten zahlreiche Hausbesitzer Folge geleistet. Bürgermeister Dr. Küfner verwies eingangs darauf, daß bei den heutigen Verhältnissen ein Straßenschmuck, wie man ihn früher bei derlei Anläßen in München gewohnt war, natürlich nicht geboten werden könne. Notwendig sei aber ein einfacher, einheitlicher Schmuck, um der Stadt München, die es immer verstanden habe, Feste zu feiern, Ehre zu machen. Um so mehr, als das Deutsche Turnfest ein Fest zu werden verspreche, wie wir es alle vielleicht noch nicht gesehen haben. Bis jetzt sind schon über 120 000 Turner, ungerechnet ihre Angehörigen, zur Beteiligung angemeldet. — An ausgelegten Skizzen und Zeichnungen war dargetan, wie sich die im Ausschmükkungsausschuß vertretenen Künstler den Schmuck der einzelnen Straßen denken. Prof. Rank gab dazu ausführliche Erläuterungen, denen zu entnehmen war, daß die Straßen mit Kränzchen und Fähnchen abschnittweise einheitlich in verschiedenen Farben gehalten werden sollen: das Karlstor und die Neuhauserstraße in den Turnerfarben rot-weiß, die Kaufingerstraße in gelb, der Marienplatz, wie wir ihn von der Fronleichnamsprozession her kennen, die Dienerstraße in schwarz-gelb, der Residenzplatz in weiß-blau usw. Im übrigen haben sich verschiedene Vereine und Innungen bereit erklärt, Abordnungen in ihren farbigen, historischen Kostümen an verschiedenen Plätzen aufzustellen und so zur Belebung des Straßenbildes beizutragen. Die Besprechung schloß mit einem Aufruf an alle Hausbesitzer, ihrerseits durch Festschmuck der Häuser zu dem Gelingen des Deutschen Turnerfestes beizutragen. Da der jüdische Konsul Siegfried Aufhäuser im Ausschuß sitzt, wird es den deutschen Turnern ein besonderes Vergnügen machen, ihm etwas vorzuturnen.

Preis„abbau". Während der fünf Tage, an denen wir infolge des polizeilichen Verbotes unseren „Völkischen Beobachter" nicht erscheinen lassen durften, hat der Preis„abbau" ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Der Preis für ein Ei ist auf 500, für ein Pfund Fleisch bis auf 7000, ein Pfund Speck auf 11 000, ein Pfund alter Kartoffeln, die sich wegen ihrer schlechten Beschaffenheit kaum noch zur Schweinemast eignen, auf 100, eine Semmel auf 120 M. usw. gestiegen! Vor uns liegt die Speisekarte eines sogenannten bürgerlichen Gasthauses, der wir folgende Preise entnehmen: Eine Nudelsuppe 500, ein Schweinebraten mit gem. Salat 5000, ein Kräuterripperl mit Bandnudeln 5000, ein Rindsgulasch mit Salzkartoffeln 5000, ein Filetbeefsteak 6000, ein Rumpsteak 8000 und ein Holstein-Schnitzel 7000 Mark! Regierung und Landtag ... Pst, Pst ... nur keine Kritik, sonst ... Reichsbehörden, Reichstag und ... Um Gottes Willen! Willst du wieder eine Beschlagnahme heraufbeschwören? ... Also stelle jeder unserer wohlgeneigten Leser seine eigenen Betrachtungen über den Preis„abbau" an, aber nur im stillen Stübchen, denn sonst ...

Neue Bierpreiserhöhung in Sicht. Vom Bayerischen Brauerbund wird mitgeteilt: Bekanntlich ist neuerdings eine starke Markentwertung eingetreten, deren Folgen sich bereits im Braugewerbe in erschreckender Weise bemerkbar machen. Die Gerste, welche anfangs April noch 35 000 M. der Zentner kostete, ist bis heute auf 78 000 M. gestiegen, und der Malzpreis wurde von 11 Millionen Mark für den Waggon auf 31 Millionen Mark erhöht. Der Hopfenpreis ist in ein paar Wochen von 400 000 M. auf 1,3 Millionen Mark der Zentner geklettert. Am 16. Mai wurden die Kohlenpreise um 25 Prozent erhöht. Insgesamt haben sich die Preise für alle Betriebsmaterialien, die das Braugewerbe in ungezählter Art benötigt, verdoppelt. In der Zeit nach der letzten Bierpreiserhöhung sind die Löhne und Gehälter wieder erhöht worden. Über neue Forderungen wird in diesen Tagen mit der Arbeiterschaft verhandelt. Das Braugewerbe ist daher gezwungen, demnächst den Bierpreis **nicht unwesentlich** zu erhöhen.

An alle Streifbandbezieher!

Die Bezugsgebühr unseres Blattes beträgt für den Monat Juni 1923:

für das **Inland** 7000 Mark,
Deutschösterreich 20 000 Kronen,
Ungarn 1500 Kronen,
Tschechoslowakei 10 Kc.,
Jugoslawien 40 Dinare,
Italien 10 Lire,
Holland 1 Gulden,
England und bisherige deutsche Kolonien 3 Schilling,
U.S.A. ½ Dollar,
Schweiz und alle übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3 Schweizer Franken.

Wir bitten unsere Streifbandbezieher um Überweisung der oben festgesetzten Bezugsgebühr bis **spätestens 10. Juni**. Die dauernd steigenden Kosten für Zeitungsherstellung, für Porto und Verpackung zwingen uns, die Vorauszahlung der Bezugsgebühren zu fordern. Um eine regelmäßige Lieferung des Blattes zu gewährleisten, empfehlen wir unseren Auslandsbeziehern außer der Bezugsgebühr für dieses Monat gleichzeitig eine Vorauszahlung für die nächsten Monate zu machen. Zahlungsüberweisungen können auf unser Postscheckkonto München 11 346, auf das Konto Hansa-Bank, e. G. m. b. H., München, Herzogspitalstraße, unter gefl. Angabe „Streifbandbezug", oder direkt an uns geleistet werden.

Unsere Streifbandbezieher in Deutsch-Österreich wollen die Bezugsgebühren entweder direkt an uns oder auf unser Postsparkassenamt Wien,

Franz Eher Nachf., G. m. b. H.,
München, Konto-Nr. 79 921,

einzahlen; — die Bezieher in der Tschechoslowakei an die Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank, Gen. m. b. H. in Reichenberg,

Konto 61 863,

beim Postscheckamt in **Prag**.

Die österreichischen Erlagsscheine wollen von der Post, die tschechischen Erlagsscheine von der Gewerkschafts- und Gen.-Bank in Reichenberg (letztere gegen Einsendung von 2,5 Kc. für je 10 Stück) bezogen werden.

Mehrere Bezieher sind mit ihren Gebühren noch weit im Rückstande. Wir sehen uns deshalb gezwungen, an Bezieher, die mit den Bezugsgebühren **seit April im Rückstand sind**, ab 5. Juni die Lieferung einzustellen. Wer die **Maigebühr** noch nicht bezahlt hat, wolle sie sogleich einzahlen (Zahlungsweise siehe oben!), da wir sonst auch **diese Lieferungen einstellen** müßten.

Wir müssen unsere Bezieher zum Schlusse dringend bitten, die Bezugsgebühren für Juni, die wir ohnedies herabgesetzt haben, gegenüber den Maigebühren, unverzüglich in den ersten Tagen des Monats einzuzahlen und nicht erst die Aufforderung abzuwarten. Sie ersparen uns dadurch viel Arbeit und unnützes Porto.

Jeder Bezieher und Freund unseres Blattes wolle dies genau beachten.

Mit deutschem Gruß!

Verlag „Völkischer Beobachter"
F. Eher Nachf., G. m. b. H.

Große Milchpreiserhöhung. Der paritätische Ausschuß für die Festsetzung des Milchpreises im schwäbisch-oberbayerischen Milchgebiet hat mit Wirkung vom 1. **Juni ab** den Stallpreis auf 810 M., den Rampenpreis auf 930 Mark erhöht. Die Preisprüfungsstelle der Stadt München hat vom gleichen Zeitpunkt ab folgende Richtpreise berechnet und als angemessen begutachtet: Abgabepreis des Kleinhandels an den Verbraucher 1 Liter 1120 M., ¾ Liter 840 M., ½ Liter 560 M., ¼ Liter 280 Mark, ⅛ Liter 140 M. Lieferpreis des Großhandels an den Kleinhandel 1030 M. Kleinverkaufspreis für Magermilch pro Liter 700 M. Dieser Preis hat die Bedeutung eines Angemessenheitspreises, d. h. er ist entsprechend herabzusetzen, wenn er nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Geschäftes einen übermäßigen Gewinn enthalten würde. Der begutachtete Preis darf nicht überschritten werden, wenn nicht, wie das beispielsweise bei der pasteurisierten Milch der Fall ist, nachweisbar höhere Spesen vorhanden sind, als sie in der amtlichen Kalkulation auf der Grundlage des Angemessenheitspreises ohnehin abgegolten würden. Die Milchpreise sind zum Zwecke der behördlichen Kontrolle anzuschreiben. Milch, die noch zum alten Preis eingekauft wurde, ist zum bisherigen Preis abzugeben.

Schleichhändlers Pech. Ohne im Besitze einer Viehhandelserlaubnis zu sein, kaufte in der Nähe von Ingolstadt ein Händler eine ganze Herde von 70 bestgemästeten Hammeln. Da außerdem noch der Verdacht nicht von der Hand zu weisen war, daß diese Tiere dazu bestimmt seien, durch das „große Loch nach dem Westen" zu wandern, beschlagnahmte die Landeswucherabwehrstelle, welche von der Sache ebenfalls Wind bekommen hatte, die ganze Herde. Die Tiere wurden am Montag in München geschlachtet, und wurde das Fleisch zum Verkaufe an die minderbemittelte Bevölkerung, welcher in der städtischen Freibank stattfinden soll, bestimmt. Die Verkaufszeit wird bekanntgegeben werden.

Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützungs-Sätze. Die Erwerbslosen-Unterstützung für München ist auf Grund geheimen Stadtratsbeschlusses vom 22. Mai 1923 vorbehaltlich der nachzuholenden Zustimmung der Vollversammlung des Stadtrats mit Wirkung vom 14. Mai 1923 erhöht worden wie folgt: 1. **Männliche Personen:** a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben 3200 M. (bisher 2400 M.), b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben 2800 M. (2100 M.) c) unter 21 Jahren 1950 M. (1450 M.); 2. **weibliche Personen:** a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 2800 M. (2100 M.), b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 2350 M. (1750 M.), c) unter 21 Jahren 1750 M. (1300 M.); 3. **Familien-Zuschläge** für: a) den Ehegatten 1150 M. (850 M.), b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 950 M. (700 M.). Der Höchstbetrag einer Tages-Unterstützung darf einschl. der Familien-Zuschläge 9600 M. in keinem Fall übersteigen. Die erhöhten Unterstützungssätze werden bereits ab Freitag, den 25. Mai 1923 einschl. der veranlaßten Nachzahlungen den Erwerbslosen an den für sie einschlägigen Wochenzahltagen ausbezahlt.

Flugbilder. Das Bayerische Reisebureau am Promenadeplatz hält gegenwärtig in seinen Schaufenstern eine Ausstellung von **Flugbildern**, die von dem bekannten Kolonial- und Kriegsmaler **Ernst Vollbehr** von **Junckers Flugzeug** aufgenommen, äußerst fesselnde Eindrücke von einer Luftreise vermitteln. Die Bilder, die teils bei Sonnenuntergang oder auch nach demselben, das Zugspitzgebiet, die Einsamkeit der Algäuer oder Bayer. Alpen, rosig umstrahlte Berghäupter über violett überhauchten Schneetälern darstellen, aus einer Höhe von mehr als 3000 m das bayerische Seenplateau zu goldgleißenden Spiegeln, die Isar zur giftgrünen Rinne gestalten und jenseits aller Erdenpilger Wolkensphären zeigen, die wie Offenbarungen der Schöpfungstage anmuten, sind von solch packender Eigenart, daß nur geniale Künstlerschaft sie aus der Wirklichkeit in die Farbmaterie eines bildlichen Niederschlages zu übertragen vermag. Aus kleinen 6—10-Minuten-Skizzen entstanden, geben sie das Panorama des Wettersteins bei Sonnenuntergang, Abendfrieden über dem Isartal und die Majestät der Oberstdorfer Bergfernen in einer Virtuosität des Pinsels, daß sie neben aller Naturalistik der Darstellung doch wie gemalte Luftmärchen wirken und den Beschauer mit Sehnsucht nach diesen Sphären erfüllen, die in ihrer feierlichen Ruhe alles Weltgetriebe verbannen und Regionen enthüllen, in denen das Phantastische einer gigantischen Wolkenwelt, orangefarbene Himmelsplane über der tief darunter liegenden, in Abendnebel gehüllten Erde — alles Persönliche auslöscht und die Stätten der Menschen wie eine Fata Morgana erscheinen läßt.

Vollbehrs Malerauge folgt hier der Außenwelt in den Inspirationen seiner Künstlerseele, die zugleich dem Luftsport unzählige Freunde gewinnen und dem Flugzeug eine bisher ungeahnte Bedeutung in Zukunft sichern wird. M. S. P.

Maigehaltsbewegung der kaufmännischen Angestellten im Großhandel. Wie uns der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (D.H.V. und V.w.A.) mitteilt, haben am Donnerstag die Angestelltenorganisationen mit dem Arbeitgeberverband des Großhandels eine Vereinbarung getroffen, wonach sich die Aprilgehälter für den Monat Mai um 50 Prozent erhöhen. Die Gehaltstabellen können beim D.H.V., Kaufingerstraße 1—2, und beim V.w.A., Jägerstr. 9, abgeholt werden.

Reichshammerbund, Ortsgr. München. Am **Freitag**, den 1. Juni, abends 8 Uhr, im Nebenzimmer der „Gaststätte des Nordens" (Schleißheimerstr. 77) Vortrag **Max Sesselmann** über des Germ. Agricola Forderung: „Schafft billiges Brot!" Aussprache. Gäste können eingeführt werden. Im Juli und August keine Vorträge.

Deutscher Gedanke und Jugendbewegung. Graf v. d. Goltz hält am 1. Juni, abends 8 Uhr, im Auditorium maximum der Universität einen Vortrag: „**Deutscher Gedanke und Jugendbewegung.**" Daran nehmen teil Schüler und Studenten der Hoch- und Mittelschulen. Unterste Altersgrenze 17 Jahre.

Alpenvereinssektion Bayerland, e. V., München. Mittwoch, den 30. Mai 1923, abends 8 Uhr, im Hofbräuhaus (Kartensaal): Ingenieur **Krzyzanowski** (Innsbruck): Lichtbildervortrag: „Aus Innsbrucks Bergwelt." Von Mitgliedern eingeführte Gäste (auch Damen) willkommen.

Sonnwendfeier des Frontkriegerbundes. Der F.K.B. München, dessen vaterländische Veranstaltungen sich bereits einen guten Ruf erworben haben, veranstaltet am **Sonntag**,

---

Hinterlist und Grausamkeit geführten Kampf lahmgelegt und nahezu völlig aufgesogen worden ist. Wir heute Lebenden sind am besten in der Lage, das Verhältnis jener beiden Völker zueinander in seiner Eigenart wie in seiner ganzen Tragik, soweit es das Schicksal des unterdrückten Teiles anlangt, zu verstehen.

Im Jahre 1907 ist ein Werk von **Willibald Hentschel** erschienen, betitelt: **Varuna** oder „das Gesetz des aufsteigenden und sinkenden Lebens in der Geschichte". In diesem Werk findet sich unter anderem ein Vergleich, der das Verhältnis von Israel und Juden seiner Entstehung nach begreiflich machen soll. Ich will hier die betreffende Stelle im Wortlaut anführen:

„Zu dem Zweck wollen wir uns vergegenwärtigen, die heute unter uns lebenden Juden (geschrieben i. J. 1907!!) hätten sich des deutschen Landes bemächtigt. Sie beherrschten unsere Literatur und Politik, sie gäben in allen öffentlichen Dingen den Ton an. Sie wären ein für allemal die deutschen Rechts- und Staatsanwälte und hätten auch die Klinke der Gesetzgebung in der Hand. Sie hätten uns unter irgendeinem Vorwand der Beschneidung und dem Jahveglauben unterworfen, sie hätten sich unserer Namen bemächtigt (!) und die Fiktion aufgebracht, alle deutschen Helden seit Arminius bis Moltke seien Juden gewesen, oder, was auf dasselbe hinausläuft, sie selbst seien die eigentlichen Deutschen; die jüdisch-deutschen Helden hätten das Land in unvordenklichen Zeiten in jüdischem Interesse erobert und verteidigt. Ich setze ferner voraus, ihre organisatorische und kommerzielle Überlegenheit hätte sie befähigt, aus Berlin ein neues Jerusalem mit zentralem Jahvedienst zu machen und ebenda gewaltige Bank- und Hypothekenzentralen zu errichten, mit deren Hilfe sie den Rahm des Landes abschöpften und das Volk in Knechtschaft hielten. Sie hätten seine Versuche zur Abschüttelung des Joches durch Bestechung der Feinde Deutschlands und mit ihrer Macht niedergezwungen — so hätten wir das ungefähre Bild der letzten vorchristlichen palästinischen Jahrhunderte.

Das mag dem Leser in Hinblick auf die deutschen Verhältnisse absurd erscheinen (heute kaum mehr!), in Alt-Israel entsprach es der Wirklichkeit ... Die Bibel läßt erkennen, daß die Juden den Namen Israel (d. h. Streiter für El = Gottesstreiter) schon im Lande vorgefunden haben (Josua 11, 16 und 1. Mosis 34, 7). Von der typisch jüdischen Figur des Stammvaters Jakob berichtet 1. Mosis 32, 28 mit nüchternen Worten: „Du sollst nicht mehr Jakob heißen, sondern Israel, denn du hast mit Gott und mit Menschen gekämpft und bist obgelegen", eine dem Altertum entnommene Vorstellung: der Sieger gewinnt mit dem verspeisten Leichnam des erschlagenen Gegners einen Kräftezuwachs. Dazu nimmt er auch den Namen des Besiegten an, der gewissermaßen in ihm fortlebt. Das ist eine ethnographische Erklärung, welcher der reale historische Prozeß zugrunde liegt, in dessen Verlauf Juda allmählich in Israel hineingewachsen ist, so wie manche Juden unter uns in deutsches Wesen ...

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß Israel der trostlosen Stätte des Höllengeistes, von dem es gekuechtet und von wo aus die Peitsche des Realkredites gegen das unglückliche Bauernvolk geschwungen wurde, niemals Herr geworden ist. Juda verfügte damals wie heute über die Zeitmächte und vor allem über das Kapital. Es war der eiserne Topf, an welchem der irdene zerschellte. Das Wunder ist nicht größer, als das gegenwärtige, welches unsere Fürsten und Professoren wetteifern heißt, wenn es gilt, die letzten Schranken desjenigen Gesetzes niederzureißen, das uns „Gott durch seinen Knecht Moses" gegeben hat. Es ist der aus Idealismus und Idiotismus, aus göttlichem Hochsinn und Weltungeschick gemischte Typus der germanischen und altisraelitischen Völker, welcher sie unfähig macht, sich vor den Umgarnungen des Semitismus zu behüten, und das uns die Welt der israelitischen Bauern an unserem eigenen Leib spüren läßt. (1907!)

Alles, alles erfüllt sich nach den Weissagungen des sog. „5. Buches Mosis, des Mannes Gottes", den schauerlichsten, die je in einem „heiligen Buch" zu lesen waren und sind: „Du (Juda) sollst alle Völker fressen, die der Herr, dein Gott, dir geben wird. Du sollst ihrer nicht schonen, denn der Ewige, dein Gott, hat dich gesegnet, wie er dir verheißen, daß du vielen Völkern auf Pfand leihen wirst. Du selbst aber sollst nichts entlehnen und über viele Völker herrschen. Sie aber werden nicht herrschen über dich und du wirst vielen Völkern leihen, dir aber nichts entlehnen. Und der Ewige wird dich machen zum Haupt und nicht zum Schwanze. Denn dein Gott hat dir geschworen, dir zu geben große und seine Städte, die du nicht gebaut hast und Häuser alles Gutes voll, die du nicht gefüllt hast und ausgehauene Brunnen, die du nicht ausgehauen hast, und Weinberge und Ölberge, die du nicht gepflanzt hast, daß du essest und satt werdest."

(Schluß folgt.)

Graphische Kollektiv-Ausstellung. Am 25. Mai wird in der Genossenschaft „Deutsche Kunst" Briennerstraße 22, eine große graphische Kollektiv-Ausstellung eröffnet, in der u. a. Werke gezeigt werden von Professor Cissarz, Max Feldbauer, Willi Geiger, Ludwig von Hofmann, Walter Klemm, H. Nadler, C. Sturtzkopf, H. Troendle, Käte v. Olshausen-Schönberger, von dem kürzlich verstorbenen Halstein, von Quante u. a.

Sämtliche Werke (Radierungen und Lithographien) stammen aus dem Bavaria-Verlag München. Die augenblicklich laufende Ausstellung von C. Th. Protzen wird am 24. Mai geschlossen.

*

Mahnung aus Holland. Das unter der Überschrift „Mahnung aus Holland" in Nr. 59 gebrachte Gedicht: „Wer einem Franzosen im deutschen Land — Obdach gewährt oder Unterstand ...." ist ursprünglich **keine** holländische, sondern eine **deutsche** Mahnung. Es handelt sich nämlich um das Gedicht: „Deutscher Schwur" aus Nr. 7 des Berliner „Kladderadatsch" vom 18. Februar und wurde — leider ohne Nennung des Verfassers — in das holländische Blatt übernommen. Der Verfasser ist der vaterländische Dichter **Paul Warncke**.

Filmschau. Daß Kinos, die nicht gerade im Zentrum der Stadt liegen, bezüglich ihres Spielplans deshalb ebenso guten Geschmack entwickeln können, beweisen die **Isabella-Lichtspiele**, Schwabing (Ecke Isabella-Neureutherstraße). Der Spielfilm „Das Liebesnest", nach dem üblen Roman des nochübleren E. Stilgebauer bearbeitet von Hans Brennert, erfreut sich des regsten Besuches. Darsteller sind die Wegener, Schünzel, Diegelmann, Kaiser-Titz und Frl. Barnay.

Die Spielleitung des Herrn Rudolph Walter-Fein wies manches Können auf. Sein Photograph Kurt Lande unterstützte ihn mit Sicherheit. Besonders gut gefielen mir zwei Bilder, „das Kirchenkonzert" sowie „das Trio" frei nach Grützner.

Wenn der Althoff-Ambos-Film sein Schaffen erweitert, werden sich hoffentlich bessere Unterlagen finden, als Stilgebauersche Romane.

Gleichzeitig wurde noch ein Abenteurerfilm in 5 Riesenakten, betitelt „Zimmer 17", gezeigt, in dem der Autor und Hauptdarsteller Leopold Bauer nicht nur mich, sondern auch das ausverkaufte Haus langweilte. Derartige Filme sind nur dazu da, um bei manchem Besucher den guten Eindruck des Vorhergesehenen zu verwischen.

den 17. Juni, im Tierpark Hellabrunn eine große deutsche Sonnwendfeier, verbunden mit Regimentskonzert. Volkstümliche Spiele wie die Mitwirkung erster Münchner Künstler sind bei dieser Feier vorgesehen.

„Aus der Heimat kommt der Schein . . .“ Feierstunden für Alt und Jung, veranstaltet von Dr. Georg Schott, im Odeon Samstag, den 2. Juni 1923, abends 7½ Uhr. „Frisch, fromm, fröhlich, frei.“ Eine Idee, entfaltet in Wort, Ton und Bild. Karten bei Hieber, Marienplatz 18, Panzer, Nymphenburgerstraße 192, und Heininger, Hohenzollernstraße 12. Kategoriekarten an der Abendkasse.

Ein Lehrgang über Bienenzucht findet vom 14. mit 22. Juni an der Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Veitshöchheim bei Würzburg statt. Anmeldungen und etwaige Unterstützungsgesuche sind baldigst an die Lehranstalt zu richten.

Bayern

Auf dem Wege zum Staatspräsidenten

Eine halbamtliche Mitteilung bestätigt eine von uns bereits kürzlich gebrachte Nachricht, daß die Frage der Schaffung des Amtes eines Staatspräsidenten neuerdings aufgerollt werden wird, und zwar durch die bayerische Staatsregierung selbst. Diese hat einen solchen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der bereits in nächster Zeit dem Landtage zugehen wird. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, so bedarf es hierzu einer Zweidrittelmehrheit.

Daß sich eine solche für den Antrag finden wird, möchten wir bezweifeln, denn die Demokraten und Bauernbündler werden seither kaum anderen Sinnes geworden sein, und da sie es nicht übers Herz brachten, vor ungefähr einem Vierteljahr für den in dieselbe Kerbe hauenden Antrag der Bayer. Volkspartei zu stimmen, so werden sie wohl auch nicht für den Regierungsentwurf zu haben sein. Vor allem nicht die Demokraten, die ja im trauten Verein mit den Marxisten bei den Beratungen über die bayerische Verfassung in dem Bamberger Landtag alles taten, um diese so zu gestalten, daß die parlamentarische Klüngelherrschaft möglichst unantastbar aufgerichtet werden konnte. Das Volk Stimmvieh — und damit gut, aber es sollte ja nichts dreinzureden haben in die Regiererei der Weisen in der Prannerstraße.

Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als zum ersten Male das in der Verfassung vorgesehene Volksreferendum anzurufen, wenn man sich nicht wieder mit einer schönen Geste begnügen will. Nun sind aber die Bestimmungen über das Volksreferendum vom Bamberger Landtag derart verklausuliert worden, daß es sich bei der Anwendung dieses „Volksrechtes“ um ein zweischneidiges Schwert handelt. Zudem fehlen noch die Ausführungsbestimmungen. Zwei Fünftel der Wahlberechtigt müssen an der Volksabstimmung teilnehmen, und davon sich wieder zwei Drittel für die Verfassungsänderung, also für das Amt eines Staatspräsidenten, erklären. Die Zahl der Wahlberechtigten in Bayern betrug 1920 — Koburg gehörte damals noch nicht zu Bayern — 4 021 399 Stimmen, 75 v. H. machten von ihrem Wahlrechte Gebrauch. Bei einem Volksreferendum müssen also rund 1 600 000 Wähler an die Urne geschleppt werden und davon wieder über eine Million ihre Stimme für den Staatspräsidenten abgeben, wenn der Regierungsantrag Gesetzeskraft erlangen soll.

Für eine einzelne Partei wird es äußerst schwer, wenn nicht unmöglich sein, ein Volksreferendum überhaupt durchzusetzen, da hierzu eine gewaltige Agitation und entsprechend hohe Geldmittel gehören. Leichter hat es natürlich die Staatsregierung selbst, und von dieser müßte denn auch in dem vorliegenden Falle die ganze Aktion eingeleitet und durchgeführt werden.

Von unserem Standpunkte aus haben wir gegen das Amt eines Staatspräsidenten zunächst nichts einzuwenden, da wir in einem, von den Parteien ganz und gar unabhängigen Beamtenposten, ein wirksames Gegengewicht gegen die parlamentarische Alleinherrschaft erblicken, deren „Segnungen“ wir bereits zur Genüge auskosteten. **Aber eine Persönlichkeit muß es sein, die bei entschiedener Wahrung der völkischen Belange und der Reichseinheit die Kraft besitzt, das Wucher- und Schiebertum in Bayern wirksam zu bekämpfen und den bolschewistischen Einflüssen aus dem Norden mit Erfolg die Spitze zu bieten.**

Sehen wir aber näher zu, so können wir schwere Bedenken nicht unterdrücken. Zunächst fällt uns auf, daß wir von der Absicht der Staatsregierung, den Posten eines Staatspräsidenten zu schaffen, zum ersten Male Kenntnis bei jenem Vaterländischen Abend erhielten, den „Bayern und Reich“ am 8. d. M. im Löwenbräukeller veranstalteten. Dabei hielt Sanitätsrat Dr. Pittinger eine Rede, in der er, auf den durchgefallenen Antrag der Bayerischen Volkspartei anspielend, erklärte, daß wir uns seit jenem Antrag auf Einsetzung eines Staatspräsidenten mit außerordentlichen Vollmachten in Bayern mitten in einer Verfassungsreform befinden, die für die politischen Verhältnisse unseres Landes von einschneidender Bedeutung sein wird. Hierzu erzählte man sich nun in eingeweihten politischen Kreisen, daß Dr. Pittinger seine Organisation „Bayern und Reich“ der Staatsregierung unter der Bedingung zur Verfügung stellte, daß an das Volk appelliert werde, wenn der Landtag sich wiederum gegen die Schaffung eines Staatspräsidenten erklärt. Die Frage wirft sich daher von selbst auf, ob Dr. Pittinger eine Persönlichkeit für diesen Posten schon bereit halte, und wer diese wohl sein werde?

Wir möchten es vermeiden, einen nahe liegenden Namen zu nennen, weil die innerpolitischen Verhältnisse in ganz Deutschland sich so chaotisch verwirrt haben, daß es eigentlich müßig ist, den Zeichendeuter zu spielen. Wer vermag vorauszusehen, ob es in ein oder zwei Monaten überhaupt noch zu einem Volksreferendum kommen kann? Aber daß die Staatsregierung diese Frage anschneidet, beweist zur Genüge, daß die Erkenntnis, daß uns nicht mehr die Vielköpfigkeit des Parlamentes, sondern nur die Einköpfigkeit einer, mit unerschütterlicher Willenskraft ausgestatteten Persönlichkeit erretten kann, sich sogar auf dem Promenadeplatz Bahn gebrochen hat. Und diese Tatsache ist eigentlich für uns zur Zeit das einzig Bemerkenswerte an dem ganzen Antrag. J. St-g.

Bayerische Rundschau

Penzberg. (Kriegerdenkmal-Enthüllung.) Am 21. d. M. wurde in Audorf ein Kriegerdenkmal enthüllt, bei welcher Feier nicht weniger als 50 Vereine anwesend waren. Im Festzug marschierten fünf Musikkapellen mit, darunter eine in historischer Tracht, die Benediktbeurer Schützen zogen mit ihrer Kapelle auf, die Penzberger Kriegervereine desgleichen. Die Feldmesse las der ehemalige Feldgeistliche aus Augsburg, Pfarrer Dr. Brehm, und der Vorstand vom Veteranen- und Kriegerverein hielt eine völkisch zündende Rede.

Kempten. („Politischer Meinungsaustausch“ im Eisenbahnwaggon.) Wie die „Algäuer Zeitung“ meldet, stimmten in einem Eisenbahnwagen vierter Klasse der Richtung Lindau—München am Montagabend mehrere linksradikale Fahrgäste proletarische Lieder an, wodurch sich andere Fahrgäste provoziert fühlten und mit entsprechenden Liedern erwiderten. Dadurch kam die Volksseele derart ins Kochen, daß zum Schrecken der unbeteiligten Fahrgäste eine regelrechte wüste Keilerei entstand, die mit blutigen Köpfen, blauen Augen und geschwollenen Gesichtern auf beiden Seiten endigte.

Schweinfurt, 18. Mai. (Wegen großer Eierschiebungen) wurde der Landwirt Heinrich Wagner von Danndorf zu 3 Monaten Gefängnis und 250 000 Mark Geldstrafe, seine Frau Babette zu 1 Monat Gefängnis und 250 000 Mark Geldstrafe verurteilt. (Laut unserm Programm würde ein solcher Bursche mit Zuchthaus und Prügel bestraft. D. Schr.)

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die gestern über Süddeutschland gelegene Depression ist nordostwärts abgezogen, der nachfolgende Vorstoß kalter Luftmassen hat verbreitete Gewitter ausgelöst. Eine abermalige Neubildung einer Störung ist heute über dem Kanal zu erkennen; es ist zu vermuten, daß diese den gleichen Weg wie ihre Vorgängerin nehmen wird. Wir rechnen daher auch für morgen mit Gewittern, die jedoch keinen weitergehenden Einfluß auf die Wetterlage haben werden.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 30. Mai: Gewitterige Störungen.

Aus dem Gerichtssaal

„Sturm“ auf das Hotel Grünwald

München, Ende Mai.

Vor dem Volksgericht München I wurde am Montag gegen die Teilnehmer des Sturmes auf das Hotel Grünwald verhandelt. Angeklagt sind wegen Landfriedensbruches der Kaufmann Eduard Heines, der Kutscher Johann Aigner, der Oberrealschüler Edgar Weiß, der Privatdetektivgehilfe Georg Schön, der Kunststudierende Ludwig Ludovici, der Tapezierer Konrad Rummel, der Maurer Ludwig Danninger und der Versicherungsbeamte Bruno Mühlbauer.

Der Verhandlung liegt nach Annahme der Anklage folgender Tatbestand zugrunde: Die Beschuldigten hatten sich mit ihren Vereinen und vielen vaterländisch Gesinnten am Abend des 24. Januar 1923 vor dem Münchner Hauptbahnhof zum Empfang des von den französischen Besatzungsbehörden aus der Pfalz ausgewiesenen Regierungspräsidenten v. Chlingensperg eingefunden. Unter der Menge verbreitete sich das den Tatsachen nicht entsprechende Gerücht, daß die französischen Mitglieder der Ententekommission, denen im Hotel „Vier Jahreszeiten“ die weitere Beherbergung und Verpflegung verweigert wurde, nun im Hotel „Grünwald“ aufgenommen worden seien. Diese Nachricht verursachte ungeheure Erregung. Die Folge davon war, daß schon am Bahnhof bei einem Teile der Anwesenden der Entschluß reifte, nach beendeter Empfangsfeier vor dem Hotel Grünwald gegen die Anwesenheit der Franzosen zu demonstrieren und ihren Abzug unter polizeilichem Schutz zu verlangen. Aus dieser Stimmung heraus löste sich von dem Zuge, der den Regierungspräsidenten v. Chlingensperg durch die Luisenstraße nach seinem Absteigequartier begleitete, eine größere Menge los und stürmte, begleitet von zahlreichem, schaulustigem Publikum, gegen das Hotel Grünwald in der Dachauer- und Hirtenstraße vor. Die Hirtenstraße war alsbald mit wenigstens 1200 Personen beiderlei Geschlechtes ausgefüllt.

Bald flogen auch unter den Rufen: Schlagt die Fenster ein! Heraus mit den Lumpen! die auf der Straße zahlreich herumliegenden Brocken gefrorenen Schnees gegen die Fenster des Speisesaales des Hotelteiles an der Hirtenstraße; auch zwei Kieselsteine, die vermutlich vom Hauptbahnhof zu diesem Zwecke mitgebracht worden, sind in den Speisesaal geworfen worden. An dem Werfen beteiligten sich nicht nur die früheren Zugsteilnehmer, sondern auch Leute aus dem Publikum; etwa 20 Personen traten kurz darauf vor und schlugen mit Stöcken die Fenster des Speisesaales ein: vier große Speisesaalfenster und zwei weitere Fensterscheiben wurden dabei zertrümmert.

Fast gleichzeitig drückte in Auswirkung des gleichen auf gemeinsame Gewalttätigkeit gerichteten Entschlusses eine Menge von 50—60 Personen gewaltsam die zum Speisesaal von der Hirtenstraße führende Türe ein und drang in das Innere. Dort waren schon die Frühstückstische gedeckt. Alles, was sich auf den Tischen befand, wurde kurz und klein geschlagen; auch ein Spiegel wurde beschädigt, Beleuchtungskörper, Tische und Stühle wurden schwer beschädigt oder zertrümmert.

Die mit der Säuberung der Straße betraute Polizei war nicht nur wüsten Beschimpfungen, sondern auch tätlichen Angriffen seitens der nun auch zu diesem Zwecke zusammenhaltenden Menge ausgesetzt. Inzwischen drang eine unter Führung des Angeklagten Ludovici stehende Abteilung mit dem Willen, jeden Widerstand gewaltsam zu durchbrechen, durch die Schimmelwirtschaft in das Hotel ein. Die Türe wurde gleichfalls gewaltsam eingedrückt; an der Aktion nahmen im ganzen etwa 100 Personen teil. Vom Speisesaal drang der Angeklagte Heines mit einigen Leuten — sämtlich den Gummiknüttel oder eine Reitpeitsche in der Hand — in das obere Stockwerk des Hotels, um dort nach den Franzosen zu suchen. Hier trafen sie auf das Zimmermädchen Anna Tastl. Heines als Führer äußerte zur Tastl: „Wenn Sie uns nicht sofort sagen, ob auch nur ein einziger Franzose noch im Hotel sei, schlagen wir Sie tot!“ In ihrer Angst sagte die Tastl, die Franzosen seien in der Pension Wolff und erklärte sich bereit, die Menge dorthin zu führen. Sie ging dann, ihre Schlüssel zu suchen, fand sie aber nicht; als sie zurückkam, war Heines mit seinen Leuten verschwunden.

Heines schlug dann auf der Straße, um die Menge zu beruhigen, die Bildung einer Kommission vor, die das Hotel nach Franzosen durchsuchen sollte. Die Kommission begab sich mit Genehmigung des kommandierenden Polizeioffiziers in das Hotel und nahm dort mit Zustimmung des Hoteldirektors Jakob und in dessen Begleitung eine ergebnislose Durchsuchung vor.

Heines und Ludovici hielten dann auf der Straße unter Bekanntgabe des Durchsuchungsergebnisses an die Menge beruhigende Ansprachen und erreichten so, daß die Menge zum größten Teil abzog.

Nach Schluß der Demonstration vor dem Hotel Grünwald wurde aus den Kreisen der Demonstranten plötzlich die Absicht kund, zum Café Hungaria hinzuziehen, wo es einige Tage zuvor Anstände mit zwei Nürnberger Arbeitern wegen des Spielens des Flaggenliedes gegeben hatte, die in einer Zeitungsnotiz zu einem Zusammenstoß mit Franzosen und Belgiern gemacht worden waren. Auf den Ruf, nun dahin zu gehen, zog ein Trupp von etwa 100 Leuten hinaus zu dem Ecke der Karlstraße gelegenen Café Hungaria in der Absicht, den Lokalinhaber für sein vermeintlich vaterlandsloses Verhalten dadurch zu bestrafen, daß man ihm sein Lokal nach Kräften beschädige. Es wurden dann auch am Café die bereits heruntergelassenen Rolläden gewaltsam in die Höhe geschoben und hierauf die großen Fensterscheiben zertrümmert.

Was die Beteiligung der einzelnen Angeklagten anlangt, so bezeichnet die Anklage sämtliche Beschuldigte als strafrechtlich verantwortlich. Von dem noch jugendlichen Angeklagten Weiß nimmt die Anklage an, daß er die zur Erkenntnis der gerichtlichen Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat. Bei Heines, Aigner, Ludovici, Rummel, Danninger und Mühlbauer ist je ein, bei Weiß und Schön sind je zwei sachlich zusammentreffende Verbrechen des Landfriedensbruches angenommen. Weiterhin bezeichnet die Anklage Heines und Ludovici als verdächtig, Rädelsführer gewesen zu sein, während Heines, Aigner, Rummel, Danninger und Mühlbauer in je einem Fall, Weiß und Schön in beiden Fällen beschuldigt sind, Sachzerstörungen begangen zu haben. Heines, Weiß und Schön sind ferner beschuldigt, in je einem Falle Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen zu haben.

Am Mittwoch nachmittag wurde das Urteil gefällt; Ludovici und Heines wurden freigesprochen, die übrigen Angeklagten zu unerhört hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Wir bringen den Schluß des Prozesses morgen.

67

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

„Dies ist etwas ganz außerordentliches, Frau Maylie“, begann der Doktor, der sich mit dem Rücken gegen die Türe stellte, als ob er verhindern wolle, daß jemand eintrete.

„Ich hoffe, es hat mit ihm keine Gefahr?“ sagte die alte Dame.

„Ei, das wäre den Umständen nach nichts Außerordentliches,“ versetzte der Doktor, „obgleich ich nicht glaube, daß es der Fall ist. Haben Sie diesen Dieb gesehen?“

„Nein“, erwiderte die alte Dame.

„Auch nichts über ihm gehört?“

„Nein.“

„Ich bitte um Verzeihung, Madam,“ fiel Herr Giles ein, „ich wollte Ihnen gerade von ihm erzählen, als Doktor Losberne ankam.“

Die Sache verhielt sich aber eigentlich so: Herr Giles hatte es noch nicht über sich gewinnen können, zuzugestehen, daß das Ziel seiner Waffe blos ein Kind gewesen sei; und da er im gegenwärtigen Augenblick noch in der Glanzhöhe seines Ruhmes schwelgte, und um seiner Heldentat willen von allen Seiten mit Lobsprüchen überhäuft wurde, so wäre ihm wohl das Herz gebrochen, hätte er nicht die Enthüllung, welche aller seiner Herrlichkeit ein Ende machen mußte, noch um einige köstliche Minuten hinausschieben können.

„Rosa wünschte den Menschen zu sehen,“ sagte Frau Maylie, „aber ich wollte es nicht zugeben.“

„Hm,“ versetzte der Doktor, „es ist nichts besonders Abschreckendes in seinem Äußern. Haben Sie etwas gegen einen Besuch bei ihm in meiner Gegenwart einzuwenden?“

„Wenn es nötig ist, gewiß nicht“, entgegnete die alte Dame.

„Dann halte ich es für nötig,“ erwiderte der Doktor, „jedenfalls bin ich überzeugt, daß Sie es später sehr bereuen würden, wenn Sie es unterlassen hätten. Er ist im gegenwärtigen Augenblick vollkommen ruhig und befindet sich in einem erträglichen Zustande. Darf ich bitten, Miß Rosa? — Sie brauchen sich nicht im mindesten zu fürchten — mein Ehrenwort dafür.“

Unter vielen geschwätzigen Versicherungen, daß sie sich durch den Anblick des Verbrechers angenehm überrascht finden würden, bot der Doktor der jüngeren Dame den Arm, reichte Frau Maylie die andere Hand und führte sie unter vielen Komplimenten die Stiege hinan.

„Nun,“ sagte der Doktor leise, als er sachte auf die Klinke der Kammertüre drückte, „ich bin neugierig zu hören, was Sie von ihm halten. Er hat sich allerdings lange den Bart nicht abgenommen, aber er sieht demungeachtet nicht besonders wild aus. Doch halt — lassen Sie mich nachsehen, ob er in einem Zustande ist, um Besuch annehmen zu können.“

Er trat zuerst in das Gemach, sah sich darin um, winkte dann seinen Begleitern, hereinzukommen, schloß die Türe und schob langsam die Gardine des Bettes zurück. Hier sah man statt eines wilden, düsterblickenden Bösewichts, den man zu treffen hoffte, ein Kind, das vor Schmerz und Erschöpfung in tiefen Schlaf versunken war. Der verwundete Arm lag verbunden über seiner Brust, während der Kopf auf dem andern ruhte, der durch das lange, über das Kissen hinfließende Haar halb verborgen war.

Der wackere Wundarzt hielt die Gardine in der Hand und sah den Kleinen einige Minuten schweigend an. Die jüngere Dame trat inzwischen leise vorwärts, setzte sich an der Seite des Bettes, strich Oliver das Haar aus dem Gesichte, und als sie sich über ihn hinbeugte, fielen einige Tränen auf seine Stirne.

Der Knabe regte sich und lächelte in seinem Schlaf, als ob diese Zeichen des Mitleids irgendeinen süßen Traum von nie gekannter Liebe und Teilnahme veranlaßt hätten — wie Töne einer sanften Musik, das Plätschern des Wassers an einem einsamen Orte, der Duft einer Blume oder sogar nur das Aussprechen irgendeines bekannten Namens bisweilen plötzliche dunkle Erinnerungen an Szenen wecken, die in diesem Leben nie stattgefunden haben, und die, einem Hauche gleich, wieder verschwinden — Erinnerungen, die aus einem längst vergangenen, glücklicheren Dasein aufzutauchen scheinen, da es nicht in der Macht des Menschen liegt, sie willkürlich hervorzurufen.

„Was mag dies bedeuten?“ rief die ältere Dame. „Dieser arme Knabe kann doch nimmermehr der Zögling von Räubern gewesen sein!“

„Das Verbrechen“, seufzte der Wundarzt, die Gardine wieder vorziehend, „schlägt seinen Wohnsitz in gar vielen Tempeln auf, und wer vermag zu sagen, ob es sich nicht auch unter einer schönen Außenseite birgt?“

„Aber doch nicht in so früher Jugend?“ versetzte Rosa.

„Mein teures Fräulein,“ entgegnete der Wundarzt, traurig den Kopf schüttelnd, „das Laster ist dem Tode ähnlich und beschränkt sich nicht allein auf die Alten und Abgelebten, denn es sucht sich nur zu oft auch unter den Jüngsten und Schönsten seine Opfer.“

„Aber können Sie — ach, Sir! Können Sie wirklich glauben, daß dieser zarte Knabe der freiwillige Verbündete des nichtswürdigsten Auswurfs der Gesellschaft gewesen ist?“ fragte Rosa mit Bangen.

Der Wundarzt schüttelte den Kopf in einer Weise, welche anzudeuten schien, er fürchte, dies sei wohl möglich; dann führte er die Damen mit der Bemerkung, der Kranke könnte gestört werden, in ein anstoßendes Gemach.

„Aber selbst, wenn er lasterhaft gewesen wäre,“ fuhr Rosa fort — „bedenken Sie, wie jung er ist. Vielleicht hat er nie die Liebe einer Mutter, vielleicht nicht einmal die Freuden des Vaterhauses gekannt, und wurde so durch üble Behandlung, Schläge oder Mangel an Nahrung zu einer Verbindung mit Menschen gedrängt, welche ihn zu Verbrechen nötigten. Tante, teure Tante! Bedenken Sie dies um der göttlichen Barmherzigkeit willen, ehe sie das kranke Kind ins Gefängnis schleppen lassen, das jedenfalls das Grab für alle Besserungsmöglichkeiten werden muß. Ach, ich weiß, Sie lieben mich, und wissen, daß ich unter Ihrer gütigen und liebreichen Pflege nie den Verlust der Eltern gefühlt habe; aber wenn dies nicht wäre, so hätte ich vielleicht ebenso gehandelt und wäre wohl eben so hilf- und schutzlos wie dieses arme Kind! — Haben Sie daher Mitleid mit ihm, ehe es zu spät ist.“

„Meine Liebe,“ sagte die alte Dame, indem sie das weinende Mädchen an ihre Brust drückte, „glaubst du, ich könnte ein Haar seines Hauptes verletzen lassen?“

„O nein,“ versetzte Rosa hastig, „Sie gewiß nicht, teure Tante.“

„Nein,“ fuhr die alte Frau mit bebender Lippe fort, „meine Tage neigen sich zu ihrem Ende, und möge Gott an mir Barmherzigkeit üben, wie ich sie anderen zuteil werden lasse. Was kann ich tun, um ihn zu retten, Sir?“

„Ich will mich darüber besinnen, Madam,“ erwiderte der Doktor, „will's überlegen.“

Herr Losberne steckte die Hände in seine Taschen, ging einigemal im Zimmer auf und ab, blieb dann wieder stehen, richtete sich zuweilen auf den Zehenspitzen auf und zog zu wiederholten Malen seine Stirne in ernste Falten. Nach verschiedenen Ausrufungen, als da sind: „ich hab's“ und „nein, so geht es nicht“ und ebensovielen Erneuerungen seines Spazierganges und seines Stirnrunzelns blieb er endlich in steifer Haltung stehen und begann folgendermaßen:

„Ich denke, es wird gehen, wenn Sie mir unbeschränkte Vollmacht geben, Giles, und den kleinen Jungen Brittles ein wenig ins Bockshorn zu jagen. Ich weiß zwar wohl, der erstere ist ein treuer Bursche und ein alter Diener, aber Sie können's ja auf tausend andern Wegen wieder gutmachen und ihn noch außerdem für seine Geschicklichkeit als Schütze belohnen. Sie haben doch dagegen nichts einzuwenden?“

„Nein, vorausgesetzt, daß es kein anderes Mittel gibt, das Kind zu retten“, versetzte Frau Maylie.

(Forts. folgt.)

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

An die Ortsgruppen!

Dringend! Dringend!

Die Anforderungen von Rednern zu öffentlichen Volksversammlungen im Juni sind bis längstens Donnerstag, den 7. Juni an die Parteileitung unter dem Stichwort Versammlungswesen einzusenden.

Die Ortsgruppen werden ersucht, in ihren Anforderungen anzugeben:

1. Anzahl der Mitglieder;

2. Stärke der zum Schutz einer öffentlichen Versammlung vorhandenen Ordnerabteilungen (S.A.);

3. Termin der letzten öffentlichen Versammlung und des letzten Redners;

4. Termin für die geplante Versammlung;

5. Name des gewünschten Redners.

Sonstige Mitteilungen sind in dem Schreiben nicht zu machen. Rednerausforderungen, die nach dem 7. Juni einlaufen, können nicht mehr berücksichtigt werden, da die Rednerliste und die endgültigen Versammlungstermine am Freitag, den 8. Juni von der Parteileitung im Benehmen mit den als Redner tätigen Parteigenossen festgesetzt werden. Die Ortsgruppen erhalten bis spätestens Dienstag, den 12. Juni von der Parteileitung Mitteilung des Redners und des Versammlungstermines. Mündliche Vereinbarungen mit einzelnen Herren sind für die Parteileitung nicht bindend.

Verzeichnis der zur Verfügung stehenden Redner siehe „V. B.", Nr. 79 vom 28. April.

Parteigenosse Hermann Esser ist infolge des für ihn bestehenden Sprechverbotes für öffentliche Versammlungen nicht zur Verfügung.

*

Erwerbslosengruppe!

Am Mittwoch, den 30. Mai, nachm. 3 Uhr, findet im Erwerbslosenlokale, Westenriederstr. 29, Eingang Sterneckerstraße

Erwerbslosenversammlung

statt. Mitglieds- und Vormerkkarte des städt. Arbeitsamtes sind mitzubringen.

Der Ausschuß.

*

Gesucht werden für sofort:

2 Möbelschreiner für München,
1 landwirtschaftlicher Praktikant (auswärts),
1 Kesselschmied für München,
10 Vertreter für Ober- und Niederbayern und Schwaben.

Zu melden Freitag nachm. 3—4 Uhr im Erwerbslosenlokal, Westenriederstraße 29, Eingang Sterneckerstraße.

Der Ausschuß.

*

Nationalsozialist auf dem Lande (Nähe Augsburg) ist bereit Mädchen (8—10 Jahre) von armem Pg. auf mehrere Wochen in Kost zu nehmen. Schriftliche Bewerbung an die Schriftleitung des „V. B."

*

Einladung zur ordentlichen General-Versammlung der deutschvölkischen Verlagsgenossenschaft, am Mittwoch, den 30. Mai 1923, 6 Uhr abends, in der Schriftleitung des „Völkischen Beobachters", Schellingstraße 39/1.

1. Berichterstattung.
2. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Auflösung der Genossenschaft und Überführung des Vermögens an den „Völkischen Beobachter".

*

Neuhausen. Der Dienstag-Sprechabend der Sekt. Neuhausen war am 22. Mai mangels vorheriger Ankündigung des Redners und des Themas nicht in der Weise wie üblich gut besucht. Den Freunden und Parteigenossen sei aber gesagt, daß sie nicht erst warten auf die Ankündigung irgendeines ihnen beliebten Herrn, sondern der Not der Zeit entsprechend, soferne sie wirklich Willens sind, die Not zu wenden oder wenden zu helfen, immer regelmäßig zu erscheinen und ausdauernde Förderer einer Sache zu sein, von der sie überzeugt sind.

Der letzte Dienstag war so inhaltreich, daß er erst um 1/2 12 Uhr geschlossen werden konnte. Unser verehrter Pg. Herr Dr. Schott brachte einen Vortrag über die liebe alte Heimat, wie sie war, was aus ihr geworden ist, wer die Schuld an den Veränderungen trägt, wie viel Gutes daraus durch [illegible] Hände verschwand und Ersatz dafür hingestellt wurde, wie leicht wir Deutsche uns selber immer mehr daran gewöhnen. Parteigenossen, die diesen Vortrag verstreichen ließen, haben viel, sehr viel versäumt. Jene Volksgenossen, die bei dem Hinweis auf die Judengefahr und die jüdischen Quertreiber und [illegible], die Schuldigen des heutigen geistigen, seelischen und körperlichen Bankrotts, immer so gerne einen [illegible] auf die unchristlichen Christen oder christlichen Juden haben, sich also damit selbst als bessere Christen charakterisieren, gab er mit einem Ausspruche Christus, der offenbar damals schon die christlichen Juden vorgehalten bekam, die richtige Antwort, die lautet: „Wehe euch, ihr Heuchler, die ihr zu Wasser und zu Lande umherziehet, um einen Glaubensgenossen zu machen, und wenn er's geworden, so macht ihr ein zweimal ärgeres Höllenkind aus ihm, als ihr selber seid." Diese Heuchler können und wollen nicht unterscheiden zwischen Verführern und Verführten. Sie mögen beachten, wo der Ursprung des Übels lag, ob die Geschichte von alten Wucherern auf christlicher oder jüdischer Seite zuerst berichtete. Sein Vortrag klang dahin aus, daß das deutsche Volk wie ein zitterndes Kind anzusehen sei, wie es hilflos einem erbärmlichen Wüstling gegenübersteht.

An Sammlungen für den Jugendbund gingen 10 000 M. ein, für Propaganda (Flugschriften und Leihbibliothek) 8000 M., wofür den Spendern und Kämpfern herzlicher Dank gesagt sei.

Kapitalismus, Kapital und Nationalsozialismus

Augsburg. Hier referierte am letzten Sprechabend der hiesigen Ortsgruppe der Schriftleiter im „Völkischen Beobachter", Dr. Hans Buchner über das Verhältnis des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogrammes zum Kapitalismus und Kapital. Ausgehend von der Klarstellung und Gegenüberstellung der Begriffe des produktiven Kapitals und des unproduktiven Spekulationskapitals gelangte der Redner zur Klarlegung des naturrechtlichen Eigentumsrechtes, das eine Grundlage der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung bildet. Die Forderungen derselben: Abschaffung des leistungslosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft, Verstaatlichung der bisher vergesellschafteten Betriebe, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben — all diese Forderungen wurzeln letzterdings in jener Grundanschauung, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung durch die verheerenden Folgen des internationalen Spekulationskapitalismus ihrer völligen Zerrüttung entgegengeben müßte.

Der Gedanke der Werks- und Betriebsgemeinschaft, auf den die Forderungen nach Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer zurückgeführt werden müssen, bedeutet innerhalb dieses Programmes eine Absage an die im Laufe der Zeit rein politisch gewordene Einstellung der Klassenkampfgewerkschaften.

Der Gedanke des naturrechtlichen Eigentumsrechtes sodann bedeutet eine Kriegserklärung an das überstaatliche, zwischenvölkische Spekulationskapital und seine „internationalökonomische" Einstellung, die den Begriff des Unternehmers im alten Sinn des Wortes durch den (allerdings versteckten) Begriff des Gläubigers verdrängt und ersetzt.

Nur durch energische Abwehr dieser beiden, die Kräfte jeder nationalökonomischen Wirtschaftsordnung lähmenden Mächte, können die Voraussetzungen zum Aufbau einer nationalen Wirtschaftsordnung geschaffen werden.

Der von Beifallskundgebungen wiederholt unterbrochene Vortrag des Referenten löste schließlich stürmische Zustimmung aus, die in einer stattlichen Anzahl von Neuaufnahmen ihren praktischen Niederschlag fand.

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Günzburg, 19. Mai. Als einen vollen Erfolg für unsere Bewegung kann die hiesige Ortsgruppe ihr zweites öffentliches Auftreten in einer Volksversammlung buchen, in der Pg. Dr. Klotz alle Zuhörer durch seine von heißer Liebe zu Volk und Vaterland durchglühten Ausführungen im Banne hielt. Wir konnten uns keinen besseren „Ersatz" für den von der Regierung verbotenen Esser wünschen.

Im größten ausgeräumten Saale Günzburgs stand die Menge dicht gedrängt und lauschte dem oft von Beifallsstürmen unterbrochenen Vortrag. Trotz des marxistischen Versammlungsverbotes vervollständigten zahlreiche Arbeiter das schöne Bild einer schaffenden Volksgemeinde, wie wir sie für unser ganzes Vaterland ersehnen und erkämpfen wollen.

Daß unsere Agitation auf dem Lande schon ihre Früchte trägt, bewies eine Landgemeinde, die eine stattliche Abordnung unter Führung des kath. Ortsgeistlichen entsandte. Die Ortsgruppe Günzburg wurde durch den prächtigen Verlauf der Versammlung aufs neue ermuntert zu der Aufgabe, die sie sich bei der Gründung gestellt hat, mit aller Kraft und Energie weiterzuarbeiten; das ist die Durchdringung und Eroberung der Stadt und des Bezirkes Günzburg für den nationalsozialistischen Gedanken.

Passau. Am Samstag, den 26. Mai, sprach hier in einer öffentlichen Versammlung Pg. Herr Max Weber, München, über das Thema „Der Nationalsozialismus Deutschlands Zukunft". Der Redner, welcher in seinem Referat so richtig den leider nur sehr wenig anwesenden Passauer Spießbürgern den jetzigen moralischen und sittlichen Tiefstand unseres Volkes erläuterte, legte den Versammelten in zweistündiger Rede großartig dar, daß nur der Nationalsozialismus die Zukunft und die Genesung unseres Volkes bedeuten kann. Reicher Beifall belohnte Herrn Weber für seine Ausführungen und hoffen wir, daß dieselben bei manchem wieder auf guten Boden gefallen sind. Die Marxisten haben es vorgezogen, durch ihr Fernbleiben den ruhigen Verlauf der Versammlung zu sichern. Bezeichnenderweise wurde ein Teil von ihnen von dem Juden Dingfelder durch ein Festgelage, das dieser veranstaltete, von der Versammlung abgehalten, wobei es bis in die Nacht bei Tanz und Freibier sehr hoch herging. Der Jude arbeitet!

Unsere Stellung zu den Beamten

In Beamtenkreisen herrscht noch dauernde Aufregung darüber, daß Hitler das Berufsbeamtentum mit seiner Unwiderruflichkeit und Altersversorgung (Pension) angeblich abschaffen will. Schon in früheren Folgen unseres Blattes haben wir ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses Gerücht absichtlich von verlogenen Feinden unserer Bewegung (Bayer. Volkspartei) ausgestreut wird, um die Beamtenschaft daran zu verhindern, in Massen zum Nationalsozialismus sich zu bekennen. Denn wenn die Beamtenkreise kein Interesse an unserer Bewegung hätten, würden sie sich doch über eine Zukunftsseifenblase des Herrn Hitler — mit dem Schwoyer, Parlament und Parteien so aus dem Nebehandgelenk fertig zu werden protzen — nicht aufzuregen brauchen! Diese Aufregung ist aber ein Beweis innerster Anteilnahme einerseits, anderseits der Erkenntnis und des Glaubens, daß dem nationalen Sozialismus die Zukunft Deutschlands gehören wird! Wir stellen deshalb nochmals fest, daß Hitler in seinem Programm des Nationalsozialismus nicht nur nicht daran denkt, das Berufsbeamtentum mit seinen Rechten abzuschaffen, sondern daß er vielmehr dem wahren, idealen, selbstlosen, uneigennützigen, dem Gemeinwohle dienenden deutschen Berufsbeamtentum im Gegensatz zu den Bonzenbeamten der Revolutionsblütezeit, seine alte geachtete Stellung wieder verschaffen will! Längeres Lesen unserer Zeitungen, Besuchen unserer Versammlungen und Durcharbeiten unserer Ziele muß jedem Beamten Klarheit über diese Punkte geben. Außerdem hat Hitler selbst in mehreren Beamten-Gewerkschaftsorganen die falschen Berichte über sein Beamtenprogramm längst richtig gestellt; allerdings waren viele Blätter dieser Fachpresse nicht ehrlich genug, der Wahrheit zum Durchbruch zu helfen. Auch dies ist ein Anlaß für die Beamten, selbst unsere Zeitungen und Schriften zu prüfen.

Ein schwedisches Urteil über Nationalsozialismus und Hitler

In der Stockholmer „Nya Dagligt Allehanda" vom 7. Mai lesen wir folgendes Urteil, das sicher kein Jude geschrieben hat:

„Adolf Hitler, der Leiter der nationalsozialistischen Bewegung, wird in Deutschland wohl der am meisten geliebte und gehaßte Mann sein . . . Mittels seiner überlegenen Persönlichkeit versteht er die Menschen zu fesseln . . . Er ist der geborene Redner und Volksführer. Er überzeugt durch logische Klarheit und Schärfe, und da er das Leben der Arbeiter aus Erfahrung kennt, wird er auch enthusiastisch von den Arbeitern empfangen.

Die Ursache seines einzig dastehenden Vermögens, Anhänger zu gewinnen, liegt aber nicht allein hierin, sondern sie liegt tiefer: in seiner Liebe zu seinem Vaterland. Er fühlt sich zu einer hohen, göttlichen Aufgabe berufen.

Man kann das Auftreten der Nationalsozialisten mit dem der ersten Christen vergleichen. Wie diese beseelt von hohen Idealen und festem Glauben an die weltverbessernde Bedeutung ihrer Lehre. Ebenso wie diese werden sie verfolgt und verhöhnt . . . Das Christentum ließ sich nicht ausrotten, ebensowenig der Nationalsozialismus, trotz aller Verfolgung. Adolf Hitler ist der Apostel der Vaterlandsliebe. — Die zum größten Teil von Juden beherrschte Presse versuchte am längsten, die nationale Bewegung zu unterdrücken; dies ist aber unmöglich, denn sie ist zu stark geworden und der „Völkische Beobachter" erscheint jetzt als große Tageszeitung. — Ihr Unterschied von den Fascisten besteht hauptsächlich darin, daß sie die Juden bekämpfen."

Es wird dann die Feier vom 20. April geschildert und zum Schluß heißt es: „Das war ein großer, unvergeßlicher Augenblick. Wer Ohren hat zu hören, der hört den Herzschlag eines Volkes."

Wo das Lumpenproletariat hinkam

Rosenheim, 23. Mai.

Der Rosenheimer Stadtrat Heinrich Geistaller hat erklärt, das Lumpenproletariat, das früher bei den Sozialisten und Kommunisten war, sei jetzt zu den Nationalsozialisten gegangen. Der H. Geistaller muß das wissen und die Herren Sozi auch. Der genannte Herr ist pensionierter Salinarbeiter, Stadtrat und Vertreter der „Münchener Post" für Rosenheim. Von den Einnahmen aus diesen Berufen lebt er und schmaucht seine Virginier. Außerdem hat seine Frau einen Wurstladen. Auch davon lebt er.

Eine Zeitlang war er Aufschreiber des demokratischen Parteihäuptlings Louis Horstmann, Holzlieferanten für Übergabelieferungen an die Entente. Die Beschäftigung mit der Holzsache aber dauerte nicht viel über die Zeit hinaus, während der Herr Horstmann von der Stadt Rosenheim einen Holzlagerplatz „entsprechend" zu erwerben wünschte. Nachdem dieser schöne Wunsch nicht in Erfüllung gegangen war, verließ der Freund und Duzbruder, der nämlich Vorstand der sozialdemokratischen Partei in Rosenheim ist, den noblen, demokratischen „Freund" bald wieder. Man kann aber das herzliche Verhältnis der beiden Edlen immer noch mit Freude da und dort beobachten.

Der tüchtige H. Geistaller ist aber auch „Freund" z. B. des „Rosenheimer Anzeigers", der sich in sozialdemokratischen Dingen zeitweise vortrefflich unterrichtet zeigt. „Der Kampf" vom 16. April 1920 Nr. 85 ist da einmal, wie er schon war, recht unfein und indiskret gewesen und hat den betrübten H. Geistaller einen Spitzel und Verräter genannt. Vielleicht hat „Der Kampf" das vor dem Kadi büßen müssen — jedenfalls aber nur im geheimen, denn öffentlich ist darüber nie etwas weiter bekannt geworden. Den „Rosenheimer Anzeiger" hat in Nr. 175 vom 30. Juli 1922 auch gegen den Edlen ein edler Zorn erfaßt: Da hatte der H. Geistaller nämlich im Verein mit dem saftigen Revolutionsbürgermeister Göpfert und dem Kommunistenhäuptling Thunig eine „lächerliche Denunziation", wie es da heißt, gegen den Bürgermeister Dr. Bruno Kreuter wegen „monarchischer Umtriebe" und weil „durch das Geplärr des Deutschlandliedes die Arbeiterschaft auf das Schwerste provoziert worden sei", losgelassen!

Für heute wollen wir auf den famosen Vorstand der Sozialdemokratischen Partei nicht mehr näher eingehen. Wir gönnen den Herren Sozi diese Glanznummer von ganzem Herzen und konnten es gar nicht gutheißen, wenn sie ihn — die ja hundertmal mehr Glanzleistungen des Edlen beisammen haben — etwa ausschiffen würden. Er paßt schon hinein unter sie und er ist doch auch der wertgeschätzte Duzbruder, Freund und Mitarbeiter des ruhmreichen Erhard Auer von der „Altheimereckerin".

Ein neues Bruderblatt in Preußen Der ‚Niedersächsische Beobachter'

Am 20. Mai ist in Hannover ein neues Organ der deutschen Freiheitsbewegung erschienen, das sich „Niedersächsischer Beobachter", Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Politik betitelt. Als verantwortlich zeichnet G. Seifert, als Mitarbeiter sind in Niedersachsen bekannte Männer aus dem völkischen Lager gewonnen worden. Das Blatt wird vorläufig einmal wöchentlich erscheinen.

Mißglücktes marxistisches Revolutionsexerzieren

Penzberg, 22. Mai. Am 19. d. M. gab es in Penzberg ein marxistisches Bezirksjugendfest, aus welchem Anlaß nachm. mit dem um 4 Uhr 47 fälligen Zuge sozialdemokratische Jugend aus München eintraf, der am nächsten Morgen 6 Uhr eine rote Hundertschaft folgte. Diese marschierte durch die Stadt, um außerhalb derselben eine Übung abzuhalten. Nachmittags um 2 Uhr hielt die rote Jugend einen großen Umzug, wobei sämtliche Abteilungen schwarz-rot-gelbe Fahnen trugen und die Internationale sangen.

Aber der ganze Aufzug machte wirklich einen mehr als kläglichen Eindruck. Ganz abgesehen davon, daß die Marschdisziplin so ziemlich alles zu wünschen übrig ließ, verhielten sich die zuschauenden Arbeiter, obschon diese noch immer den freien Gewerkschaften angehören, nicht nur teilnahmslos, sondern man hörte sogar recht abfällige Äußerungen über die Sturmabteilungen, wie: Die sollen daheimbleiben mit ihrem militärischen Theater! Wir, Arbeiter, halten für diese Gesellschaft nicht mehr unseren Schädel hin!

Die Sturmabteilung war zum Schutz des Bezirksjugendtages nach Penzberg entsandt worden, weil man eine Sprengung durch Hakenkreuzler befürchtete, was unseren Parteigenossen natürlich nicht einfiel. Wohl aber zwangen junge Marxisten einen Mann, als er den Bahnhof verließ, sein Hakenkreuz abzunehmen.

*

Würtemberg gegen die Völkischen

Die deutschvölkische Freiheitspartei, Ortsgruppe Stuttgart, wollte am 24. Mai eine Massenkundgebung gegen die Versklavung des deutschen Volkes veranstalten. Bei ihr sollte Oberst von Xylander, der bereits früher in zahlreichen Städten Württembergs, darunter dreimal in Stuttgart unter großem Beifall und ohne die geringsten Störungen gesprochen hatte, das Thema „Freiheit oder Sklaverei" behandeln.

Am letzten Freitag wurde der Vorsitzende der Ortsgruppe auf das Polizeipräsidium bestellt und durch einen Beamten der politischen Polizei einem förmlichen Verhör unterzogen, das sich außer auf die Freiheitspartei darauf erstreckte, ob andere nationale Vereinigungen, gar Nationalsozialisten zu der Versammlung eingeladen seien, ferner ob und wie ein Saalschutz gestellt werde. Es wurde ihm auferlegt, die Plakatierung bis zum Samstag vormittag zu verschieben. Als das Plakatinstitut aber mitteilte, daß die Plakate schon ausgegeben seien und der Vorsitzende dies der Polizeidirektion am Freitag abend telephonisch zu wissen gab, erhielt er den Bescheid, daß es dann dabei bleiben könne. Kurz darauf aber wies das Präsidium das Plakatinstitut unmittelbar an, erst am Samstag die Plakate anzukleben, nachdem auch noch der Satz: „Juden haben keinen Zutritt" überklebt worden sei.

Auf den Samstag vormittag wurde wieder der Vorsitzende zum Polizeipräsidium bestellt, aber nicht vorgelassen, da das Gesamtministerium mit dem Polizeipräsidenten über den Fall berate. Nach einer Vorladung auf halb ein Uhr, bei der er wieder keinen Bescheid erhalten hat, teilte ihm um 4 Uhr nachmittags Regierungsrat Klug mit, daß das Ministerium beschlossen habe, die Versammlung zu verbieten, weil man eine Störung der öffentlichen Ordnung befürchte und einen großen Teil des württembergischen Volkes nicht in eine außerordentliche Erregung versetzen wolle. Oberst von Xylander sei eine so prominente Persönlichkeit und als allerschärfster Rechtsradikaler so bekannt, daß man ihn in Württemberg in einer öffentlichen Versammlung nicht sprechen lassen könne, ohne die Ruhe aufs schwerste zu gefährden. Auf die Frage, ob man Herrn von Graefe, Wulle oder Henning sprechen lassen würde, erfolgte die Antwort, daß sie ebenso verboten würden. Man denke aber nicht daran, die Deutschvölkische Freiheitspartei zu verbieten, ja man wolle sogar eine öffentliche Versammlung gestatten, aber es dürfe keine „prominente Persönlichkeit" dabei sprechen. Auf den Hinweis des Vorsitzenden Lorenz Gebhardt, daß man doch in Stuttgart erst kürzlich von Gerlach und Levi habe sprechen lassen, antwortete der Regierungsrat, das sei etwas ganz anderes.

Die Handlungsweise der württembergischen Regierung, die, nach den Nationalsozialisten nun auch die Freiheitspartei im Severingschen Sinne heimtückisch lahmlegen will, bedarf keiner weiteren Kennzeichnung.

Aber wir möchten die bayerische Regierung fragen, was sie zu tun gedenke, um ihre Staatsangehörigen gegen die unerhörte Beeinträchtigung ihrer Freiheit durch andere Bundesstaaten zu schützen. So ist Oberst von Xylander durch den berüchtigten Herrn Weißmann bereits vorher in ganz Preußen das Sprechen in öffentlichen Versammlungen verboten worden. Diese neue Abart des Kampfes gegen Bayern wird zu einem System, gegen das vorzugehen höchste Zeit wird.

Briefkasten

Mehrere wohlwollende Väter und tr. Pg. Anonyme Zuschriften können grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Wir ersuchen um persönliche Rücksprache in der Angelegenheit Jugendbund.

Schm. Gr. Stuttgart. 50 000 M. für „Hitlers Kampfschatz" erhalten. Wünschen Sie hierfür eine Kampfschatzserie, so wollen Sie Ihre genaue Anschrift angeben. Herzlichen Dank und deutschen Gruß!

„ete, Brünn." Zahlg. v. Kc. 12,— erhalten, damit Aprilgeb. ausgegl. Maigeb. mit Kc. 12,— noch offen. Bei Zahlg. genügt, wenn auf dem Abschnitt am oberen Rand d. Firma ersichtl. ist. Treudeutschen Gruß!

A., Krulutz. 40 000 Kr. erhalten. Juni ausgeglichen, für Spende von Kr. 2500,— herzl. Dank. Treudeutschen Gruß!

O. Waibl, J. 50 000 Kr. erhalten; Juni ausgeglichen. Herzl. Dank und treudeutschen Gruß!

H. Will, L. 71 200 Kr. erhalten. Beide Konti für April ausgeglichen. Herzl. Dank und treudeutschen Gruß

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Auch drüben ...

Das „Memeler Dampfboot" meldet, daß das Landesdirektorium beschlossen hat, daß im Memelgebiet vom 10. Juni an nur noch der Lit als alleiniges Zahlungsmittel zu gelten hat. Am gleichen Tage wird die deutsche Reichsmark als Zahlungsmittel außer Kurs gesetzt.

Rußlands Kohlenproduktion

Im Donezbecken scheint die Produktion wieder im Rückgang begriffen zu sein. So wurden in der 1. Hälfte April nur 9 Millionen Pud gegen 11 Millionen Pud in der 1. Januarhälfte gefördert. Nach dem vorhergesehenen Programm sollten im April 23 Millionen Pud zum Abtransport kommen. Im Ural wurden im Februar auf den Kischewschen Gruben 3 Mill. 323 000 Pud, in den Tscheljabinsker Gruben 2 313 000, den Bogoslawskyschen Gruben 1 211 000 und den übrigen Gruben 419 000 Pud, zusammen also 7 265 000 Pud gefördert. Im Vergleich zum Januar betrug die Produktionssteigerung über 22 Prozent.

Heraus mit den Leerstellen!

Der „Bodenreform" entnehmen wir, daß in Schlesien von den seit etwa 30 Jahren aufgekauften 8000 kleinlandwirtschaftlichen Betrieben, von denen heute noch gegen 5000 mit Gebäuden, Stallungen usw. versehen sind, ganze siebenundachtzig zurückgegeben wurden. Der Einwand der Siedlungsgegner, daß die Bereitstellung von Land zwecklos sei, weil man doch nur in ganz geringem Umfange bauen könne, trifft auf diese Leerstellen gewiß nicht zu. Man sollte deshalb annehmen, daß der „siedlungsfreundliche" Großbesitz diese Leerstellen zur Ansetzung von Siedlern herausgibt. Die zuständigen Amtsstellen haben wiederholt auf die Wiederherstellung der Leerstellen gedrängt. Das Ergebnis: Rückgabe von siebenundachtzig derselben ....

Dem stehen etwa 1000 vom Großgrundbesitz auf die Straße gesetzte Gutsbeamte gegenüber und die 3500 Rücksiedler aus den polnisch gewordenen Gebieten mit ihren meist zahlreichen Familien, die in Konzentrationslagern ein elendes Dasein führen.

Wirtschaftsrundschau

Oldenburgische Roggenanweisungen

Der Ausgabepreis einer auf 150 kg lautenden, am 1. April 1927 rückzahlbaren Roggenanweisung der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg ist mit Wirkung ab 16. Mai auf 155 000 M. erhöht worden. Die Berechnung des Ausgabepreises erfolgte nach den für die spätere Einlösung geltenden Grundsätzen auf der Basis der Roggennotierungen an der Berliner Börse zuzüglich Fracht Berlin—Oldenburg. Der Ausgabepreis der von der Landessparkasse zu Oldenburg ausgegebenen, auf mindestens $^1/_{20}$ Anteil lautenden Anteilscheine ist ebenfalls entsprechend erhöht worden.

Kaliverbrauch in Bayern

Der Kaliverbrauch der deutschen Landwirtschaft betrug im Jahre 1921 7 206 036 dz reines Kali gegen 6 452 962 dz im Jahre 1920. Davon entfiel auf Bayern im Jahre 1921 ein Verbrauch von 513 429 dz reinem Kali gegen 451 348 dz im Jahre 1920. Der Anteil Bayerns am Reichsverbrauch belief sich im Jahre 1921 wie im Vorjahre auf rund 7 Prozent (die landwirtschaftlich nutzbare Fläche Bayerns beträgt 15½ Prozent von der des Reiches). Der Durchschnittsverbrauch an reinem Kali auf 100 ha landwirtschaftlich benutzte Fläche betrug im Jahre 1921 im Reich 2401 kg, in Württemberg 1192 kg, in Baden 1248 kg und in Hessen 2816 kg. Innerhalb Bayerns war der Verbrauch auf 100 ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche in der Pfalz 2152 kg, in Unterfranken 1467 kg, in Schwaben 1242 kg, in Oberbayern 1227 kg, in Mittelfranken 884 kg, in Niederbayern 805, in der Oberpfalz 723 und in Oberfranken 722 kg; am stärksten ist der Verbrauch im Jahre 1921 in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz gestiegen, wo er bisher am geringsten war.

Von der Eisenbetonindustrie

Die Eisenbetonindustrie Oberschlesiens hat sich mehr und mehr ausgebreitet. Sie findet in der Montanindustrie über und unter Tage reichlich Arbeit. In der letzten Zeit sind aber auch die übrigen Zweige der oberschlesischen Großindustrie als Auftraggeber für Betonbauten stark hervorgetreten. Der Eingang von neuen Aufträgen war auch im vergangenen Monat wieder recht zufriedenstellend. Trotz der lebhaften Beschäftigung soll aber, wie wir erfahren, bei der Mehrzahl der Unternehmungen ein lohnender Gewinn nicht erreicht worden sein, da die benötigten Materialien sehr hoch im Preise stehen und die Arbeitslöhne dauernd steigen.

Goldankaufspreis erhöht

Berlin. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 28. Mai ab bis auf weiteres zum Preise von 200 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück und 100 000 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 4000fachen Betrage des Nennwertes.

Erhöhung des Goldzollaufgeldes

Berlin. Vom 30. Mai bis einschließlich 5. Juni beträgt das Goldzollaufgeld 99 190 Prozent.

Preisbewegung

Berlin. Die Vereinigung der Fabrikanten elektrischer Heiz- und Kochapparate, e. V., setzte mit Wirkung ab 29. Mai den Multiplikator für Bügeleisen und Zuleitungen auf 240, für alle übrigen Apparate auf 220 fest.

Berlin. Die Preise für Stickstoffdüngemittel werden wie folgt neu festgesetzt:

Schwefelsaures Ammoniak 9300 M., stickstoffsalzsaures Ammoniak 9300 M., Stickstoff-Ammonsulfatsalpeter 9300 Mark, Stickstoff-Kaliammonsalpeter 9300 M., Stickstoff-Natronsalpeter 11 100 M., Stickstoff-Kalkstickstoff 8 300 Mark für je 1 kg.

Diese Preise gelten für alle vom 24. Mai ab zur Absendung gelangenden Mengen bis auf weiteres. Die dem Stickstoffsyndikat bis einschließlich 23. Mai zugegangenen Aufträge, deren Gegenwert bis zum 23. Mai im Besitz des Syndikates ist, werden noch zu Preisen ausgeführt, welche am Tage des Einganges des Geldes Gültigkeit hatten. Die neuen Ammoniakpreise erreichen bei dem heutigen Stand der Mark noch nicht die Hälfte des Preises für Stickstoff in Chilesalpeter.

Dresden. Die im Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie zusammengeschlossenen Glühlampenfabriken erhöhten den Multiplikator auf 150 mit Wirkung vom 29. Mai.

Bochum. Die Benzolverband-G. m. b. H. Bochum setzte mit Wirkung ab 24. Mai den Kleinverkaufspreis für nicht gereinigtes b. v. Motorenbenzol auf 4400 M. für das Kilo ab Hauptverkaufsstelle fest.

Hannover. Mit Wirkung ab 28. Mai einschl. sind von den Mitgliedern des Vereins deutscher Gummireifenfabriken die bisher in Kraft befindlichen Preisaufschläge zu den bestehenden Preislisten wie folgt geändert: für Fahrraddecken 70 Prozent (bisher 40 Prozent), für Motorrad- und Hilfsmotorraddecken 80 Prozent (bisher 50 Prozent), Fahrrad-, Hilfsmotorrad- und Motorradschläuche 100 Prozent (bisher 70 Prozent), Schlauchreifen 100 Prozent (bisher 70 Prozent), Autodecken 60 Prozent (bisher 30 Prozent), Autoschläuche 80 Prozent (bisher 50 Prozent), Vollreifen 75 Prozent (bisher 45 Prozent), sämtliches Zubehör 70 Prozent (bisher 40 Prozent). Die Preise für Werkstättenmaterial sind mit Wirkung vom 28. Mai einschl. um 20 Prozent erhöht.

Fortschreitende Elektrisierung

Braunau. Die Innkreisgesellschaft hat ein Kapital von vorläufig 100 Millionen Kronen zusammengebracht. Die Summe dient der Elektrisierung des oberen Innviertels, die in großem Bogen aus dem Salzburger Gebiet bis nach Braunau durchgeführt werden soll. Der Bau der Leitungen wurde einer Linzer Firma übertragen. Der Strom wird von der bayerischen Lukgesellschaft geliefert.

Die Höchster Farbwerke

Die im Geschäftsbericht der Höchster Farbwerke ausgewiesene Abschreibung von dem Reingewinn von 4 Milliarden zugunsten des Wohltätigkeitsfonds beläuft sich nicht, wie irrtümlich gemeldet, auf 1 Million, sondern auf 1 Milliarde Mark, also auf den vierten Teil des Gesamtgewinnes.

Überzeichnung der Neckaranleihe

Stuttgart. Die von der Neckar-Aktiengesellschaft ausgegebene erste Serie der fünfprozentigen Neckar-Goldanleihe in Höhe von einer Million Goldmark ist nicht unwesentlich überzeichnet worden. Die mehr verlangten Beträge wurden von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Löhne und Tarife

Berlin. Die heute im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen über eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne haben zu dem Ergebnis geführt, daß für das Ruhrgebiet eine Erhöhung von 53,3 Prozent mit Wirkung ab 1. Juni zugestanden wurde. Es wird eine Erhöhung um 10 000 M. je Schicht vorgenommen, wovon 2000 M. als Abgeltung für die im Mai weiter eingetretene Verteuerung der Lebensbedürfnisse zu gelten haben. Die Soziallöhne werden um je 336 auf je 952 Mark erhöht. Ab 1. Juni stellt sich der gesamte Durchschnittslohn einschließlich Abwehrzulage auf 28 952 M. je Schicht. Diese Sätze haben natürlich keine Geltung für die unbesetzten Gebiete. Die Verhandlungen über die Löhne in den übrigen Bergbaubezirken dauerten am Montag abend noch an. Den Ruhrbergarbeitern wurde seitens der Arbeitgeber insofern noch besonders Entgegenkommen bewiesen, als am 2. Juni an alle Arbeiter, die am 1. Juni eine Schicht verfahren haben, ein Vorschuß in Höhe des doppelten Schichtlohnes ausbezahlt wird.

Warenmarkt

Berlin, 29. Mai. (Amtl. Produktenpreise.) Weizen, Märkischer, 106—108 000; Roggen, Märkischer, 93—92 000; Gerste, Sommergerste, Märkische, 80—83 000; Hafer, Märkischer, 79—81 000; Mais, La Plata ohne Provenienzangabe waggonfrei Hamburg, 94 000; Weizenmehl 305 000 bis 330 000; Roggenmehl 250—275 000; Weizenkleie 49 000; Roggenkleie 49 500 bis 50 000; Raps 170—180 000; Leinsaat 170—180 000; Viktoriaerbsen 125 000 bis 135 000; Kleine Speiseerbsen 87 000 bis 95 000; Peluschken 90—95 000; Ackerbohnen 75—80 000; Wicken 90 000 bis 95 000; Blaue Lupinen 95 000 bis 100 000; Gelbe Lupinen 130 000 bis 140 000; Seradella 210—220 000; Rapskuchen 73—75 000; Leinkuchen 110—120 000; Trockenschnitzel 28 000 bis 29 000; Zuckerschnitzel 40—41 000; Torfmelasse 26 000 M.

Nichtamtl. Rauhfutter-Notierungen: Weizen- u. Roggenstroh, drahtgepreßt 24 500—27 500; Haferstroh 22 000 bis 26 000; Gebündeltes Roggenlangstroh 24—26 000; Heu, gutes, 24 500 bis 25 500; Heu, handelsüblich, 20 000 bis 22 500 M.

Kurse

Augsburger Kurse vom 29. Mai 1923

Ver. Filzfabriken Giengen	68000g 70000ebP
Baumwollspinnerei Kolbermoor	160000g
Mech. Baumw'sp. und Web. Augsburg	250000bg
Augsburger Buntweb.	105000g
Hanfwerke Füssen-Immenstadt	75000bg 78000P 77000b
Masch.-Fabr. Augsbg.-Nürnbg.	108000 110000 117000eG 118000b
L.A. Riedinger, Masch. u. Bronzewaren	55000eb 57000ebg 60000b
Ver. Fabr. landwirtsch. Masch. Epple	42000 45000 44000b 48000 bg 44000P
Zahnräderfabrik Augsburg	120000
Lechwerke	28000bg 28250 28500b 28750P
Papierfabrik Hegge	80000bg
Leisnacher Papierfabr.	57000G 59000b 60000P
Markt- und Kühlhallen	25000 26000 27000 27500 28000 28500P
Augsburger Kammgarnspinnerei	160000b
Mech. Baumwollspinn. Bayreuth	100000eb
Haunstetter Spinnerei	130000
Hammersen Spinnerei	87000 85000 86000 87000 88000 90000P
Bayer. Rumplerwerke	38000 37000 38000b 39000b
Aug. Riedinger Ballonfabrik	45000 40000bg 39000P
Union Zündhölzer	200000
Aug. Wessels Schuhf.	20000b 19500bg 19800P
Hasenbräu	1850b 73000eg

Zürich, 28. Mai. (Devisenkurse.) Holland 217,25; Berlin 0,0099; Wien 0,0078½; Prag 16,55½; Paris 36,80; London 25,67½; Italien 26,57½; Brüssel 31,6; Budapest 6,10¼; New-York 554,75; Belgrad 5,85; Warschau 0,010; Kopenhagen 102,5; Stockholm 147,75; Christiania 89,25; Madrid 84,50; Buenos 198,—.

Berlin, den 29. Mai 1923. Devisen-Kurse.

	29. 5. Geld	29. 5. Brief	28. 5. vor. Geld.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	23541,—	23659,—	24189,37
Buen. Air. 1 Pes.	21097,12	21203,88	[illegible],62
Christiania 1 Kr.	9730,56	9779,44	9925,12
Kopenhag. 1 Kr.	11047,31	11102,69	11421,87
Stockholm 1 Kr.	15880,20	15959,75	16408,87
Helsingf. 1 fin. M.	1657,84	1666,16	1700,73
Italien 1 Lira	2857,83	2872,17	2947,61
Lond. 1 Pfd. St.	276806,25	278193,75	[illegible],75
New York 1 Dollar	59535,06	60134,94	61864,95
Schweiz 1 Frcs.	10822,87	10877,13	11072,25
Spanien 1 Pes.	9127,12	9172,88	9351,56
Japan 1 Yen	29027,25	29172,75	29735,50
Rio 1 Milreis	6114,67	6145,33	6298,37
Wien 100 Kr.	85,03	85,47	85,73
Prag 1 Kr.	1793,50	1801,50	1887,39
Agram 1 Dinar	641,39	644,61	639,39
Budapest 1 Kr.	11,42	11,48	11,22
Sofia 1 Lewa	638,40	641,60	643,37

Berlin, den 29. Mai 1923. Noten.

	29. 5. Geld	29. 5. Brief	28. 5. vor. Geld.
Amerik. Noten	59850,—	60150,—	61096,85
Englische "	276370,50	277629,50	285788,75
Italienische "	2870,80	2885,20	2932,65
Rumänische "	858,10	859,90	884,10
Schweizer "	10872,75	10927,25	11022,85
Türkische "	—	—	—
Tschechische "	1801,45	1810,55	1795,50
Kleine Tschechen	1800,45	1809,55	1790,50
Österreich abgest.	84,70	85,30	88,25
" neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	104,—	—	107,—
Holländische "	23341,50	23458,50	24139,50
Ungarische "	8,97	9,03	8,97

Gesellschaften

Regensburg. In der in Regensburg abgehaltenen Bilanzsitzung der Bayer.-Lloyd-Schiffahrts-Aktiengesellschaft Regensburg genehmigte der Aufsichtsrat den vorgelegten Abschluß und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1922. Der Abschluß ergibt einschließlich Vortrag aus dem Vorjahr einen Bruttogewinn von 122 875 072 M., aus dem 200 Prozent Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital vorgeschlagen werden. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes hat die Gesellschaft inzwischen den Wiederaufbau ihrer Flotte im wesentlichen beendet. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden als befriedigend bezeichnet. Die ordentliche Generalversammlung ist für den 6. Juni 1923, vormittags 11 Uhr, nach München einberufen.

Würzburg. Bayer. Bodenkredit-Anstalt für Würzburg. Die Generalversammlung der Bayer. Bodenkreditanstalt genehmigte die sämtlichen Anträge der Verwaltung, insbesondere die Verteilung einer Dividende von 10%, die Erhöhung des Aktienkapitals auf 24 Millionen M. durch alsbaldige Ausgabe von 1½ Millionen M. Vorzugsaktien und 7½ Millionen Mark Stammaktien, während nach Durchführung dieser Erhöhung weitere 7½ Millionen Mark Stammaktien innerhalb eines Jahres zur Ausgabe gelangen sollen. Zeitpunkt und Modalitäten werden von dem Aufsichtsrate seinerzeit festgesetzt. Die turnusgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Berlin. In der Generalversammlung Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke, Aktiengesellschaft, Stettin, wird eine Verdoppelung des gegenwärtigen 80 Millionen M. betragenden Stammaktienkapitals der Gesellschaft vorgeschlagen werden. Den alten Aktionären wird ein indirektes Bezugsrecht im Verhältnis von 4:1 zu dem am Tage der Generalversammlung festzusetzenden Kurse eingeräumt werden, die restlichen 60 Millionen Mark Aktien sollen nach einer Weisung der Gesellschaft verwendet werden. Ein Teilbetrag hiervon in Höhe von 500 000 M. ist den Inhabern von 1920 geschaffenen Vorzugsaktien A zum Bezuge anzubieten, ferner sollen für 40 Millionen Mark neue Vorzugsaktien B ausgegeben werden.

Köln. Gerling-Konzern. Für das Geschäftsjahr 1922 wird bei der Interessengemeinschaft der Sachversicherungsgesellschaften ein Reingewinn mit 102 745 000 M. ausgewiesen gegen 5 018 000 i. V. und wie folgt verwendet: 100% (15%) Dividende mit 58 125 000 M. (3 375 000), an Vermögensrücklage 15 Millionen (670 000), für den Aufsichtsrat 4 650 000 (450 000), an den Vorstand 10 Millionen (554 000) und Vergütung an die Angestellten 15 Millionen (0) Mark. Im Geschäftsbericht wird hierzu bemerkt, daß sich die Interessengemeinschaft der Sachversicherungsgesellschaften (insgesamt 16 Gesellschaften mit 400 Millionen Mark Aktienkapital) im Jahre 1922 einer außerordentlich starken Zunahme an neuen Geschäftsverbindungen erfreute, die auch im laufenden Jahre in verstärktem Maße angehalten habe, so daß die an sich schon beachtenswerte Steigerung der Prämieneinnahme auf über 2 Milliarden (i. V. 88 Millionen) durch die Entwicklung in den ersten vier Monaten des Jahres 1923 mit weit über 12 Milliarden Mark Prämieneinnahmen abermals bedeutend überholt ist. Der Geschäftsverlauf wird als äußerst günstig bezeichnet. Die Prämienrücklagen sind von 15 auf 402 Millionen Mark verstärkt worden. Im Feuergeschäft allein wurden mehr als zwei Drittel (68,4%) der gesamten Prämien für eigene Rechnung in Reserve gestellt. Infolge der außerordentlich geringen Verwaltungskosten (mit nur 2,2% der Rohprämien und 6,5% Prämien für eigene Rechnung) sei die Interessengemeinschaft in der Lage gewesen, dem Wettbewerb erfolgreich zu begegnen und ihren Versicherungsteilnehmern mancherlei Vorteile zu bieten.

•

Aus unserem Alt: Wucher- und Schieberfreiheit

Die „Wahrheit" berichtet in einer ihrer letzten Nummern:

Vor der 3. Strafkammer des Dresdener Landgerichts spielte sich drei Tage lang eine Gerichtsverhandlung ab, die nicht allein wegen der Straftat, sondern auch wegen der Zahl und Namen der Angeklagten großes Interesse in Anspruch nahm.

Die Angeklagten haben in den Jahren 1920 und 1921 Zigaretten mit der Etikette „Memphis" und mit der für diese Marke üblichen Verpackung anfertigen lassen und in großen Posten verkauft. Diese Zigarettenmarke ist aber für eine österreichische Fabrik gesetzlich geschützt und deren Nachahmung daher verboten. Die meisten Angeklagten sagten vor Gericht dreist aus, daß sie eine geschützte Marke „Memphis" nicht kennen. Der Staatsanwalt hielt bei sämtlichen Angeklagten, mit einer Ausnahme, alle Momente der Anklage für erwiesen und plädierte auf Freiheitsstrafe im Sinne des Warenzeichengesetzes. Diejenigen Angeklagten, die nicht als Mittäter gelten können, wurden mindestens als Gehilfen angesprochen.

Der Vertreter des Nebenklägers geißelte das Bestreben der Angeklagten, mühe- und kostenlos die Früchte einzuheimsen für eine Arbeit, die andere geleistet haben, indem sie der neuen Marke Eingang verschafften. Alle Angeklagten hätten die österreichische Marke gekannt und hätten gewußt, daß sie geschützt ist. Trotzdem hätten sie diese Marke nachgeahmt und sich damit große Vermögensvorteile verschafft. Das beweise, wie außerordentlich verwildert die geschäftlichen Sitten heute seien. Zum Schutze für den reellen Handel sei hier eine hohe Gefängnisstrafe am Platze. Die Angeklagten sind zum größten Teil sehr reiche Leute, die sich ihr Vermögen in der Kriegs- und Nachkriegszeit erworben haben.

Das Urteil lautete für den Händler Moses Hersch (genannt Max) Rosenkranz, den Fabrikanten Ignaz Tenenbaum, Heinrich Samuel Korn, Julius Abraham Oetvin, die Kaufleute Oswald Böthig, Aron Abraham Datnoski, Buchdruckereibesitzer Isidor Ignaz Themal auf je drei Wochen Gefängnis, für Ewald Artur Pietsch, Abraham Abas Schwarz, Friedrich Karl Hantusch, Max Richard Börsch, Karl Leib Tenenbaum, Mellich Goldenblum, Samuel Joseph Rubin auf zwei Wochen, für Karl Artur Ruyland und Philipp Wenzel auf je eine Woche. Die Kaufleute Gustav Hetti und David Rubin erhielten Geldstrafen; der erstere 100 000 Mark, der letztere 5000 Mark. Das Verfahren gegen Moses Tenenbaum, Inhaber der Zigarettenfabrik Bassora, wurde abgetrennt. Das Urteil soll im „Dresdener Anzeiger", in den „Münchener Neuesten Nachrichten" und in einer Fachzeitung auf Kosten der Verurteilten veröffentlicht werden.

Das alles war den verurteilten Herren mit den „schönen" Namen natürlich höchst unangenehm. Daher setzten einige von ihnen alle Hebel in Bewegung, um die Veröffentlichung ihrer Namen in den Tageszeitungen zu verhindern. Alles Mögliche und Unmögliche wurde versucht. Den Gerichtsberichterstattern wurden große Summen als Schweigegeld angeboten. Einer bürgerlichen Redaktion versprach man Tausende von Zigaretten als Gegenleistung für Verschweigung der Namen. Besser konnten die Rosenkranz, Tenenbaum usw. den ganzen Wert ihrer Persönlichkeiten nicht beweisen.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Rundschau und Kommunales: Joseph Stolzing-Cerny; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: H. Esser; für den Anzeigenteil: Joseph Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Rauchtabak	R	O	I	II	H	III	Rauchtabak
Tabakfabrik Mösl & Co. G. m. b. H. München, Neuturmstr. 6 Fernruf 20966	Rippenmischung rein Übersee gutes Aroma	Mittelschnitt für lange Pfeife preiswerter Konsumtabak	Übersee-Java-Mischung Mittelschnitt leicht aromatisch	Mittelschnitt ausgezeichneter, sehr bekömmlicher Tabak feines Aroma	Kommißtabak 6 mm Schnitt kräftiger Tabak gutes Aroma	Shagtabak Feinschnitt vorzügliche Qualität	Tabakfabrik Mösl & Co. G. m. b. H. München, Neuturmstr. 6 Fernruf 20966
	per Pfd. M. 4500,-	M. 5000,-	M. 6000,-	M. 7500,-	M. 650?,-	M. 5000,-	